Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 32340 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Donnerstag, 2. Mai 1912. 61. Jahrgang. Nr. 320.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. Mai. (Drahtb.)

Am Ministertische Minister des Innern v. Dallwitz.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

wird beim Kapitel „Polizeidistriktskommissare in der Provinz Posen" fortgesetzt.

Die Abgg. **Busse** (kons.), **Levy** (natl.), **Bierek** (Fortschr. Vp.) und **Kindler** (Fortschr. Vp) befürworten eine Petition um Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Distriktskommissare.

Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Bei Kapitel „Landgendarmerie" wünscht Abg. **Hammer** (kons.), daß den Landgendarmen ein Dienstzimmer zur Verfügung gestellt wird. Ferner seien die Stellenzulagen und Dienstaufwandsentschädigungen zu gering.

Abg. **Lüdicke** (fl.) tritt für günstigere Avancementsverhältnisse, Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung und Vermehrung der Dienstwohnungen ein.

Abg. **Drunnenberg** (Ztr.): Die Dienstaufwandsentschädigung ist nicht ausreichend; die für die berittenen Gendarmen ist geringer als die für die Fußgendarmen. Dringend müssen wir die Abschaffung der Arrestrafe fordern. Von allen Seiten wird die Pflicht- und Diensttreue der Gendarmen anerkannt. Ich möchte deshalb den Minister bitten, den Gendarmen sein besonderes Wohlwollen zuzuwenden.

Abg. **Heine** (natl.): Es sollte den Wachtmeistern nicht so schwer gemacht werden, Oberwachtmeister zu werden.

Abg. **Delius** (Fortschr. Vpt.) begrüßt es, daß die Dienstprämie jetzt auf alle Gendarmen ausgedehnt worden ist.

Abg. **Becker** (Ztr.) bittet, daß den Fußgendarmen die Benutzung der eigenen Fahrräder gestattet wird.

Geheimrat **Schneider** führt aus: Durch die im Etat bereitgestellten Mittel wird es ermöglicht, die Zahl der Dienstwohnungen zu vermehren. 1913 werden neue Erhebungen über die Dienstaufwandsentschädigungen angestellt werden.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei" kritisiert

Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.) den Titel „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei", wodurch das Spitzeltum begünstigt werde.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Beim Titel „Zuschüsse an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorge-Erziehungs-Gesetzes spricht

Abg. **Schmedding** (Zentr.): Der Tätigkeit der Fürsorgeerziehungsanstalten kann man nur Anerkennung aussprechen, wenn man sich das Material der Zöglinge ansieht. Denn von den Zöglingen, die in den ersten zehn Jahren in Fürsorgeerziehung gekommen sind, waren 16 448 oder 51 Prozent gerichtlich bestraft, und von 9582 weiblichen Zöglingen 8458 der Unzucht ergeben. Es bedarf großer Gewalt und Opferfreudigkeit, sowie pädagogischen Geschicks, um an diesem Material zu bessern. Die Leiter der Anstalten müssen mit der Milde auch die nötige Strenge und den richtigen Takt anwenden, aber es darf ihnen auch von außen ihre Berufsfreudigkeit nicht genommen werden. Deshalb muß die Revision durch die Aufsichtsbehörde mit Geschick und Takt vorgenommen werden, sowie mit Gleichmäßigkeit und Stetigkeit. Ich lasse dahingestellt, ob das immer geschehen ist. Mir sind darüber Klagen gekommen, aber ich gehe heute darauf nicht ein. Die jetzige Art der Revision ist jedenfalls nicht geeignet, die erforderliche Stetigkeit und Gleichmäßigkeit herbeizuführen. Nach einem Ministerialerlaß vom 12. Mai 1910 steht die Aufsicht und Revision über alle Fürsorgezöglinge in Provinzialanstalten oder in Familienpflege den Oberpräsidenten, dagegen über die Privatanstalten den Regierungspräsidenten zu, und zwar nicht bloß in medizinischer, schultechnischer, gewerbetechnischer und bautechnischer Hinsicht, sondern überhaupt nach jeder Richtung. In den gesamten anderen Beziehungen mag die Aufsicht beim Regierungspräsidenten bleiben, aber bezüglich der Erziehung und Ausbildung habe ich im Auftrage meiner Freunde zu sagen, daß es mit dem Gesetz nicht vereinbar ist, wenn die Revision der Privatanstalten dem Regierungspräsidenten unterstellt ist. Auch der Provinziallandtag der Rheinprovinz hat sich im März ds. Js. für die Aufsicht nur durch den Oberpräsidenten ausgesprochen. Nur die Behörde, die die ganzen Verhältnisse kennt, die weiß, was man von der Anstalt nach ihren besonderen Verhältnissen, nach den Eigenschaften ihrer Leiter, nach der finanziellen Lage und nach dem Zöglingsmaterial verlangen kann, kann in geeigneter Weise revidieren und beaufsichtigen, und das ist nicht der Regierungspräsident, sondern der Oberpräsident. Auch nur der Oberpräsident kann die Revision nach einheitlichen Grundsätzen vornehmen, weil er allein alle Anstalten der Provinz überschauen kann. Man muß sämtliche Anstalten und ihre verschiedenen Charaktere überschauen, um die erfüllbaren Anforderungen an sie stellen zu können. Die Regierungspräsidenten kennen aber immer nur die Verhältnisse ihres Bezirks. Die verschiedenen Regierungspräsidenten treffen ganz verschiedene Anordnungen. So hat einer angeordnet, daß die sämtlichen Zöglinge nur von einem geprüften Zahnarzt untersucht werden dürften, während dies von anderen Regierungspräsidenten derselben Provinz nicht verlangt wird. Auch praktisch ist es schwer, die einzelnen Dezernenten für die medizinischen, die schultechnischen, die bautechnischen Revisionen bei Festsetzung des Revisionstermins unter einen Hut zu bringen. Aus allen diesen Schwierigkeiten kommt man heraus, wenn die Revision lediglich in die Hand des Oberpräsidenten gelegt wird. Nach dem Fürsorgeerziehungsgesetz sind die Provinzialverbände bestimmt, für die Unterbringung der Zöglinge in Anstalten zu sorgen, und ist ferner bestimmt, daß der Oberpräsident und weiter der Minister des Innern die Aufsichts- und Revisionsbefugnis haben. Damit steht der Ministerialerlaß von 1910 nicht in Einklang, wenn er die Aufsicht über die Privatanstalten auch bezüglich der Erziehung und Ausbildung der Zöglinge dem Regierungspräsidenten überträgt. Der etwaige Einwand, daß sich die in dem Ministerialerlaß angeordnete Aufsicht nur auf die medizinaltechnischen, bautechnischen und schultechnischen Angelegenheiten beziehe, trifft nicht zu. Denn nach dem dem Erlaß beigefügten Fragebogen sollen auch verschiedene Verhältnisse geprüft werden, die nur die Erziehung und Ausbildung betreffen. Hierzu kommt ein praktischer Grund. Die Oberpräsidenten sollen die Aufsicht über die Familienpflege haben. Die Unterbringung eines einzelnen Zöglings in Familienpflege ist doch eine geringere Angelegenheit, als die Unterbringung vieler Zöglinge in einer Privatanstalt. Das mindere Recht soll also den Oberpräsidenten, das höhere Recht den Regierungspräsidenten obliegen. Es wäre möglich, daß der Oberpräsident ein Kind, das in Familienpflege untergebracht ist, als nicht dafür geeignet ansieht, während kurz vorher der Regierungspräsident angeordnet hat, daß dieses Kind in Familienpflege unterzubringen ist. Wer soll da entscheiden? Das alles läßt sich vermeiden, wenn der Oberpräsident allein das Recht der Aufsicht über die Erziehung und Ausbildung in den Privatanstalten hat. Ich habe nichts dagegen, daß die bautechnische, medizinaltechnische und schultechnische Revision bei den Regierungspräsidenten verbleibt, aber im übrigen muß die Revision lediglich in die Hand des Oberpräsidenten gelegt werden. (Lebhafter Beifall)

Minister **v. Dallwitz**: Wir haben eine Rundfrage an die Oberpräsidenten über die Ergebnisse der Revision der Fürsorgeanstalten ergehen lassen. Nach Feststellung derselben wird es Zeit sein, die Anregung des Abg. Schmedding in Erwägung zu ziehen.

Abg. **Borchard** (Soz.): Wir versprechen uns von der religiösen Einwirkung auf die Zöglinge nicht viel.

Geheimrat **Schlasser** ging auf einige vom Vorredner angeführt Fälle ärztlicher Behandlung ein, und stellte fest, daß die ärztliche Behandlung durchaus einwandfrei gewesen ist.

Abg. **Schepp** (Fortschr. Vp.): Wir begrüßen den Erlaß des Ministers wonach gegenüber den Zöglingen auf eine vorbeugende Tätigkeit besonderer Wert gelegt wird. Bei der Besetzung der Direktorenstellen sollen die Lehrer nicht zurückgesetzt werden. Dem Abgeordneten Borghardt erwidere ich, daß eine religiös-sittliche Einwirkung auf die Fürsorgezöglinge unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Bei Kapitel Strafanstaltsverwaltung wünscht Abg. **Liebknecht** (Soz.), der vom Zentrum mit dem Zurufe: Maifeier empfangen wurde, daß die Gefangenen möglichst mit Arbeiten beschäftigt werden, mit denen sie vorher befaßt waren.

Geheimrat **Krohne**: Nach den vom Bundesrat herausgegebenen Grundsätzen ist Selbstbeschäftigung von Gefangenen als eine Ausnahme anzusehen.

Auf eine Anregung des Abg. **Feltin** (Zentr.) erwiderte Geheimrat **Krohne**: Wenn nicht alle Wünsche der Unterbeamten der Strafanstaltsverwaltung in der Besoldungsordnung erfüllt worden sind, ist ihnen auf anderen Wegen geholfen worden.

Bei dem Kapitel Wohltätigkeitszwecke hat der Abg. **Runze** (Fortschr. Vp.) um die Erhöhung des Fonds zu Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger. Von den Erträgnissen der Kornblumentage haben die Veteranen bisher nichts erhalten.

Geheimrat **Sänger**: Preußen erhält die Mittel vom Reiche. Es obliegt ihm weiter nichts als die Verteilung der Beträge an die Veteranen. Es hat keinen Einfluß auf die Höhe und die Voraussetzungen, unter denen die Summen gegeben werden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf 7½ Uhr abends.

Schluß 5¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Mai. (Drahtb.)

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Solf. Rechenberg, Wahnschaffe.

Präsident **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr und teilt mit, daß heute abend eine Sitzung stattfinden wird.

Auf der Tagesordnung stehen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Kreth (kons.) wird, entsprechend dem Kommissionsantrage, ohne Debatte für gültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) soll Beweiserhebung stattfinden.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Kolonialetats.

Abg. **Paasche** (ntl.): Der bisherige Verlauf der Debatte ist durchaus erfreulich gewesen mit einer Ausnahme. Außer den Sozialdemokraten haben sich sämtliche bürgerliche Parteien rückhaltslos auf den Boden der Kolonialpolitik gestellt und erklärt, sie weiterzuführen. Besonders erfreulich ist die Entwickelung des Zentrums in dieser Hinsicht. Die Statistik über die Zahl der Beamten in den Kolonien ist nicht stichhaltig. Naturgemäß nehmen die Lehrer, Tierärzte, Vermessungsbeamte, usw. einen großen Prozentsatz unter den Beamten ein. Wenn aus meinen Ausführungen in der Kommission hervorgehoben wurde, ich hätte von den Negern als von Arbeitstieren gesprochen, so ist das illoyal.

Präsident **Kaempf** rügt diesen Ausdruck als unzulässig.

Abg. **Paasche** fährt fort: Dann nehme ich den Ausdruck zurück. Die Alkoholeinfuhr nach den Kolonien muß nach Möglichkeit eingeschränkt werden, denn nirgends wirkt der Alkohol verderblicher als in den Tropen. Bedauerlich ist es, daß amtlich bestätigt werden mußte, daß unsere Beamten bei aller Beschränkung doch die Hälfte ihres Einkommens in Alkohol anlegen zu müssen glauben. Da sollte man sich doch überlegen, ob es nicht besser sei, Beamte in die Kolonien zu schicken, die dem Alkohol völlig entsagt haben. Dadurch würde mancher Kolonialskandal erspart bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Müller**-Meiningen (Fortschr. Vp.): Ich möchte das Augenmerk darauf richten, daß in letzter Zeit am Kongo seitens der belgischen Regierung starke Verletzungen der Kongoakte vorgekommen sind.

Durch das Konzessionswesen wird das Freihändlerwesen illusorisch gemacht. Sollen unsere erworbenen Gebiete in Neukamerun möglichst zur Entwickelung gelangen, so ist es im Interesse der Kaufleute dringend notwendig, daß Frankreich und Belgien die Bestimmungen der Kongoakte einhalten. Das Zivilrecht der Kolonien muß grundsätzlich geregelt werden. Dem Schulwesen in den Kolonien muß der Staat besonderes Interesse zuwenden, damit nicht die Missionsschule vor der Regierungsschule bevorzugt wird.

Lic. **Mumm** (Wirtschaftl. Vgg.): Die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner zur Kolonialfrage stehen im Widerspruch mit verschiedenen Autoritäten ihrer Partei. In Südwestafrika muß übermäßige Strenge den Eingeborenen gegenüber vermieden werden. Loyalen Eingeborenen sollte die Großviehzucht wieder erlaubt werden. Außerdem sollte die Regierung auf die Erhaltung der Buschmänner, der Ureinwohner Südwestafrikas, ihr Augenmerk richten. Allgemein anzuerkennen ist die uneigennützige und aufopfernde Tätigkeit der Missionen. Wir fordern in einer Resolution die Internationale Konferenz betreffend die Einschränkung des Spirituosenhandels in Afrika wieder aufzunehmen. Hier handelt es sich um ein Werk der Humanität ersten Ranges. (Beifall.)

Präsident **Kaempf**: Gegen meinen Vorschlag, heute eine Abendsitzung abzuhalten, ist eine Einwendung erhoben worden. Ich würde mich bereit erklären, wenn Sie bereit wären, die Sitzung bis gegen 7½ Uhr auszudehnen. Ich meine, daß das Haus damit einverstanden ist.

Abg. **Lebebour** (Soz.): Dr. Solf meinte, wir würden in fünf Jahren Kolonialfreunde werden. Zu dieser Ansicht konnte Herr Solf nur kommen, weil er in Samoa unter Blumen gewandelt ist und nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" durchgelesen hat. (Große Heiterkeit.) Wir werden insofern positiv mitarbeiten, als wir uns bestreben, das Los dieser unterjochten Völker zu erleichtern.

Abg. **Colshorn** (Welfe): Unsere Baumwollkultur muß energisch gefördert werden und zwar am besten durch einen entsprechenden Schutzzoll.

Abg. **Davidsohn** (Soz.): Unsere Offiziere und Beamten sollten insbesondere in der Entsagung des Alkohols ein vorbildliches Leben führen. Dadurch würde auch die Achtung der Neger von den Europäern wesentlich gehoben werden. Bezeichnend ist, daß, wenn ein Neger einen anderen betrunkenen Neger sieht, er dessen Zustand bezeichnet: er ist betrunken wie ein Weißer. Das stellt den höchsten Grad des sich veralkoholisierens dar. (Heiterkeit.) Der Antrag Mumm, der den Alkoholmißbrauch in den Kolonien einschränken will, predigt doppelte Moral. Wir sollten das Wort: „Einheimische" darin streichen.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt und die Resolution Mumm mit dieser Änderung angenommen.

Eine Reihe weiterer Titel wird ohne Debatte bewilligt. Ebenso ohne Debatte der Rest der fortdauernden und einmaligen Ausgaben sowie die Einnahmen.

Damit ist der Etat für das Reichskolonialamt erledigt.

Es folgt der

Etat für Ostafrika.

Die Budgetkommission beantragt eine Resolution auf Aufhebung der Hausklaverei in Ostafrika.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Herr Henke hat unter Berufung auf eine Schrift des Herrn Rohrbach behauptet, daß die katholischen Missionare an Stelle des Fetisch das Marienbild anbeten ließen. Ich will nur hier feststellen, daß Herr Henke die Äußerung des Herrn Rohrbach nicht wiedergegeben, sondern direkt das Gegenteil gesagt hat. Das hat Herr Henke wohl selbst eingesehen, indem er in seinem Stenogramm das Wort „anbeten" ausstrich und dafür „verehren" gesetzt hat. In dem Werke des Herrn Rohrbach steht aber nicht das Marienbild anbeten, sondern es an Stelle des Fetisch an den Baum heften.

Abg. **Arendt** (Reichspartei): Ich wünsche, daß unter dem neuen Gouverneur in Ostafrika der Friede in die Kolonie einziehen möge. Die Einnahmen der Kolonie sind sehr sorgfältig aufgestellt. Die Hüttensteuer dürfte einen erheblich höheren Betrag abwerfen. Dagegen halten wir die Salzverbrauchsabgabe für verfehlt. Die Rupienwährung halten wir für ein verfehltes Experiment. Es sollte doch die deutsche Währung eingeführt werden. Es sollte möglichst viel Reisbau in Ostafrika getrieben werden, um diese Kolonie für diesen wesentlichen Nahrungsmittelzweig unabhängiger zu machen von der englischen Einfuhr. An Gewinn haben die ersten Pioniere in Ostafrika nicht geglaubt und doch haben die letzten 25 Jahre einen überraschenden Erfolg gezeitigt. Die Eisenbahn- und Schiffahrtstarife müssen so gestellt werden, daß sie nicht den Charakter von Verkehrshindernissen bekommen. Genugtuend berührt es, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich in der Kolonialpolitik so erfolgreich gemausert hat. Auch die Sozialdemokratie wird diesen Weg gehen müssen. Ihre jetzige Haltung wird einst als Kuriosität zitiert werden, mit der sie sich bloß stellt.

Abg. **Henke** (Soz.): Die Bedeutung, die Herr Erzberger dem Anbeten oder Verehren des Marienbildes beilegt, kommt dieser Sache nicht zu. Gegen die Missionen persönlich habe ich mich nicht gewandt. Ich wollte nur kennzeichnen, in welchem Verhältnis das offizielle Christentum zur Kolonialpolitik sich befindet.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Daß die Missionare Pioniere, d. h. Bahnbrecher des Kapitalismus sind, trifft nicht zu. Aus der heutigen Rede des Abg. Henke geht hervor, daß er künftig nicht mehr solche Ausführungen über die Missionare machen will. Das ist erfreulich.

Abg. **Noske** (Soz.): Die kapitalistische Ausbeute in Ostafrika werden wir stets bekämpfen, dagegen für die kulturelle Hebung der Kolonien stets eintreten.

Abg. **Arendt** (Reichspt.): Ohne Plantagenkultur ist eine gedeihliche Entwicklung der ostafrikanischen Kolonie nicht denkbar. Wir können unmöglich eine Negerrepublik daraus machen. Ostafrika, das doppelt so groß ist wie das Deutsche Reich, jede Siedlungsmöglichkeit abzusprechen, ist eine echt sozialdemokratische Anschauung.

Die Besprechung schließt.

Die Resolution betr. Beseitigung der Haussklaverei vom Jahre 1920 ab wird angenommen.

Der Etat für Ostafrika wird bewilligt.

Es folgt der

Etat für Kamerun.

Abg. **Noske** (Soz.): Die Einführung der Selbstverwaltung muß schleunigst in Angriff genommen werden. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Kolonie lassen zu wünschen übrig.

Abg. **v. Liebert** (Reichspt.) bedauert, daß der Staatssekretär sich so entschieden gegen das Projekt einer Südbahn in Kamerun ausgesprochen hat.

Staatssekretär des Reichskolonialamts **Dr. Solf**: Ich möchte nicht die Auffassung aufkommen lassen, als ob ich grundsätzlich gegen die Südbahn oder die Erschließung des Südens Kameruns mich ausgesprochen hätte. Die Rentabilität der Bahn ist aber kaum nachzuweisen.

Abg. **Arendt** (Reichspartei): Duala ist die natürliche Hauptstadt von Kamerun. Der Sitz des Gouvernements müßte von Buea nach dort verlegt werden.

Abg. **Böhlendorf**-Kölpin (fl.): Die vorzüglichen Holzbestände sollten ausgenutzt, die Pferdezucht gefördert und die Eingeborenen mit modernen Booten ausgerüstet werden.

Abg. **Waibstein** (Volksp.): Man sollte eine bessere Verbindung durch eine Kleinbahn nach Duala schaffen.

Staatssekretär **Dr. Solf**: Die Holzverwendung wird durch den Bahnbau sehr zunehmen. Die Verlegung nach Duala würde sehr kostspielig und im gesundheitlichen Interesse der Beamten nicht anzuraten sein.

Der Etat für Kamerun wird bewilligt und die Resolution auf Zollerhöhung auf Branntwein angenommen. Ohne Debatte wird der Etat für Togo und Neuguinea erledigt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission setzte am Dienstag die allgemeine Besprechung über die Militärvorlage fort. Von konservativer Seite wurde der Grundsatz aufgestellt, daß alle wehrhaftigen Leute möglichst auch ausgebildet werden sollen, und zwar aus erzieherischen Gründen. Deshalb sei verstärkte Ausbildung der Ersatzreserve wünschenswert, was durch Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auch teilweise erreicht werde. Ein anderer Redner wünscht die Erhöhung der Kavalleriedivisionen schon im Frieden. Sie gibt dem Kriegsminister Anlaß zu vertraulichen Auslassungen über die Verwendung der Kavallerie nach der Mobilmachung. Ein Zentrumsmitglied wendet sich gegen den Grundsatz der Rüstungsbeschränkung, weil wir jetzt mit einem Kriege nach drei Fronten zu rechnen hätten, und weil sie bis jetzt noch keine praktischen Erfolge aufzuweisen habe. Die Neutralität von Belgien und Holland sei jetzt nicht mehr garantiert. Die beiden Länder bildeten nur ein Einfallstor nach Deutschland. Der Staatssekretär gab hierzu vertrauliche Mitteilungen. Auf die Ausführungen verschiede-

---

5)

Das grüne Auto.

Spionage-Roman von August Weißl.

Doktor Specht unterbrach den Polizeirat mit den Worten: Also ungefähr in der Höhe einer Person, die in einem Wagen aufrecht steht.

Ich kann mir denken, worauf Sie anspielen, antwortete der Polizeirat. Aber Sie werden doch nicht wirklich glauben, daß ein Mann im Automobil vorfährt, um einen Mord zu begehen. Gar so leicht machen sie es uns denn doch nicht. Und dann: Gesetzt den Fall, Sie hätten recht: Irgend jemand hätte das Vehikel in der Grillhoferstraße doch gesehen haben müssen! Genau so, wie man es in der Silbinggasse und auf dem Gürtel sah. Sie wissen ja, daß der Wachmann in der Zeit, in der der Mord verübt wurde, in der Grillhoferstraße stand. Ihm wäre ein grünes Auto unbedingt aufgefallen. Nein, mein Lieber, damit ist es nichts.

Woher kam also der Schuß, wenn er weder im Zimmer, noch auf der Straße abgegeben wurde?

Es bleibt nur eine Möglichkeit: Aus dem gegenüberliegenden Haus. Die Straße ist nicht breit. Strebinger saß bei der Lampe, war also scharf beleuchtet. Von dort kam der Schuß.

Haben Herr Polizeirat für diese Behauptung Beweise?

Das werden Sie später hören. Ich zweifle nicht mehr, daß der Schuß im Hochparterre des gegenüberliegenden Hauses abgegeben wurde. Dem Tatorte gegenüber befindet sich aber nur eine unbewohnte Wohnung, die versperrt ist. Der Hausbesorger hat den Schlüssel. Das ist das erste, was ich Ihnen mitteilen wollte.

Doktor Specht zog sein Notizbuch heraus und wollte etwas niederschreiben.

Nein, Herr Doktor, bemühen Sie sich nicht. Ich bitte Sie, sich um den Fall nicht weiter zu kümmern. Sie können nicht nach zwei Richtungen gleichzeitig arbeiten. Aus dem Vortrag, den ich dem Präsidenten halten werde, werden Sie ersehen, wie sehr sich die Sache verwickelt hat. Sie braucht nicht einen, sondern mehrere Männer, die sich ihr ganz und ausschließlich widmen. Also, lieber Doktor, unterrichten Sie Ihren Freund Doktor Martens von allem und kommen Sie dann mit ihm zum Präsidenten. Aber gleich bitte, denn in einer halben Stunde müssen wir ins Präsidium.

Doktor Specht verließ etwas gedrückt das Bureau seines Chefs. — Wurz vertiefte sich wieder in die Akten und fing zu rechnen an. Aus der Entfernung der beiden Häuser, der Höhe der Einschlagstelle des Projektils und dem kleinen Kaliber der Waffe suchte er etwas herauszufinden. Mitten in der Arbeit wurde er gestört.

Ein junger, eleganter Mann von vornehmem Äußern trat ein. — Pardon, Herr Polizeirat, aber im Vorzimmer war niemand, der mich anmelden hätte können —

Ah, guten Tag, Baron, bitte, nehmen Sie Platz. Meine Leute sind alle auf der Strecke. Schön, daß Sie so pünktlich sind; ganz militärisch. Ich habe Sie hergebeten, um an unsere letzte Unterredung anzuknüpfen. Heute kann ich Ihnen bereits einen bestimmten Vorschlag machen.

Der Polizeirat lehnte sich in seinem Fauteuil zurück und dachte einen Augenblick nach. — Also, um gleich aufs Ziel loszuschießen: Ich habe eine Sache für Sie. Wenn sie Ihnen gelingt, garantiere ich Ihnen die Anstellung bei uns.

Der junge Mann horchte überrascht auf.

Wirklich? rief er erfreut. — Ja. Passen Sie auf: Sie haben sicher Verbindungen in der guten Gesellschaft. In diesen Kreisen muß recherchiert werden. Ganz im geheimen. Bei großen Herren. Die Namen werde ich Ihnen bekanntgeben. Vorausgesetzt, daß Sie einverstanden sind.

Pardon, Herr Polizeirat, wandte der Baron etwas verlegen ein, aber das ist mir leider unmöglich.

Warum?

Der junge Mann zögerte mit der Antwort. — Ich weiß nicht recht, wie ich es Ihnen erklären soll. Vor acht Tagen habe ich Sie ja selbst gebeten, mich zu verwenden. Aus Liebhaberei und weil ich einen Beruf suchte, seit ich vom Militär weg bin. Aber sehen Sie — mich in meine Kreise als Spion einzuschleichen, das kann ich nicht.

Aber, lieber Baron, was Sie gleich für Worte gebrauchen. Spion? Davon ist keine Rede. Sie sollen der Polizei einen wichtigen Dienst erweisen. Nicht nur der Polizei, dem Staate, dem Vaterland!

Wie soll ich das verstehen?

Sie haben sicher von dem Verschwinden der Dokumente aus dem Schreibtisch des Feldmarschalleutnants Holmhorst gehört. Wir haben Grund, anzunehmen, daß diese Sache in einigem Zusammenhang mit dem Mord in der Grillhoferstraße steht. Es handelt sich also nicht um Spionendienste, sondern darum, einen Spion zu finden, einen Spion, der wahrscheinlich einen Mord begangen hat. Gerade Sie, als Offizier, müßten Verständnis für die Wichtigkeit einer solchen Aufgabe haben.

Wenn es so ist —

Es ist so. Die Papiere, die gestohlen wurden, sind, wie ich Ihnen im Vertrauen mitteilen kann, hochwichtige militärische Dokumente. Wir müssen alles daran setzen, sie wieder zu bekommen.

Wer sagt Ihnen, daß es nicht schon zu spät ist? — Wer? Der Mord in der Grillhoferstraße! — Das verstehe ich nicht.

Sie werden es schon verstehen. Vorausgesetzt, daß Sie sich uns zu Diensten stellen, antwortete der Polizeirat. Ich würde mich nicht an Sie wenden, wenn ich nicht wüßte, daß Sie, gerade Sie, in diesem Falle uns helfen können. Wir arbeiten in allen Kreisen, nur in die Salons kommt niemand von uns, ohne gekannt zu sein. Und erkannt werden darf ein Polizist in heiklen Fällen nicht. In der Gesellschaft schon gar nicht. Die Fäden der beiden geheimnisvollen Taten aber laufen wahrscheinlich in irgendeinem Boudoir zusammen, das unsere Agenten nicht betreten können. Also, wollen Sie? Ihre Zukunft ist gesichert, wenn Sie einschlagen!

Wenn es einem Verräter an den Kragen gehen soll, bin ich Ihr Mann.

Dann kommen Sie! Ich werde Sie gleich dem Präsidenten vorstellen.

*

Polizeirat Wurz fuhr mit dem Baron in das Gebäude der Polizeidirektion, wo im zweiten Stocke das Präsidium amtiert. Er ließ seinen Begleiter im Vorzimmer warten und trat in das Bureau des Präsidenten.

Der Polizeirat sprach leise und eindringlich mit dem Präsidenten und schloß seine Rede mit den Worten:

Ich bürge für den Baron nach jeder Richtung. Meines Erachtens ist er der Mann, der dieses Rätsel zu lösen vermag.

Polizeipräsident von Solfeld empfing den jungen Mann mit großer Liebenswürdigkeit.

Lieber Baron Sphor, wir sind Ihnen sehr verbunden, daß Sie uns in dieser schwierigen Angelegenheit helfen wollen. Ich bitte Sie, gleich hier zu bleiben. In wenigen Minuten findet eine Beratung statt, die Sie vollkommen über den Fall unterrichten wird. Ich bitte Sie aber, Ihre Zugehörigkeit zur Polizei Fremden gegenüber vorläufig als Geheimnis zu betrachten.

Eine Viertelstunde später waren um den Tisch des Präsidenten folgende Herren versammelt: Polizeirat Wurz, der Chef des Agenteninstituts Georg Schulz, die Kommissäre Doktor Specht und Doktor Martens und Max Freiherr von Sphor.

Ohne Umschweife ergriff Polizeirat Wurz zu folgenden Ausführungen das Wort: Die üblichen Fragen, die man sich bei einem Kriminalfall vorlegt, können beim Morde in der Grillhoferstraße nur zum Teil beantwortet werden. Gerade bezüglich der Hauptfragen herrscht vollständiges Dunkel. Das verwickelt die Angelegenheit in einer Weise, erschwert die Nachforschungen derart, wie es mir in meiner langen Praxis noch nie vorgekommen ist.

Die erste Frage, die man stellen muß, lautet: Wo ist der Mord verübt worden? Die Antwort ist einfach: In der Grillhoferstraße 48, Hochparterre, Tür 10. Im Gassenzimmer einer vom Ehepaar Müller vermieteten, aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnung.

Die zweite Frage ist: Wann ist das Verbrechen begangen worden? Die Aussagen des Wachmannes Stolzengruber und der Quartiersleute stellen den Zeitpunkt fest: Zwischen halb und dreiviertel neun Uhr abends am 12. Januar. Darüber kann kein Zweifel herrschen.

Aber schon die dritte Frage bleibt unbeantwortet: Wer fiel dem Verbrechen zum Opfer?

Ein Mann, der sich als Mechaniker Adolf Strebinger meldete, der behauptete, Arbeit zu suchen, und erst vor wenigen Tagen in Wien angekommen zu sein. Alle Nachforschungen nach diesem Strebinger blieben erfolglos. Er wird nirgends vermißt, kein Mensch kann über ihn etwas Näheres aussagen, niemand kennt ihn. Festgestellt wurde nur, daß Strebinger am 4. Januar das Zimmer mietete, nachdem er drei Tage lang in einem kleinen Hotel in Mariahilf gewohnt, daß er Besuche von Leuten empfing, deren Äußeres auf ganz andere Kreise schließen läßt, als die des Strebinger; daß er sich verschlossen und zurückhaltend benahm, absichtlich vermied, mit Menschen in Berührung zu kommen und daß er endlich über weit mehr Geldmittel verfügte, als sonst vazierende Mechaniker ihr eigen nennen. Der Müller erzählt, daß er bei seinem Zimmerherrn einmal ein Paket Hundertkronen-Noten gesehen hat.

(Fortsetzung folgt.)

ner Redner und über die politische Lage erwiderte der Kriegsminister v. Heeringen: Deutschland habe durch seine Friedenspolitik der letzten 40 Jahre bewiesen, daß es den Frieden halten will. Aber nur starke Heere bieten die Gewähr des Friedens. Vor einer starken Heeresmacht scheut sich jeder, ohne zwingende Gründe den Krieg zu beginnen. Damit aber fallen alle Abrüstungsideen. Vorläufig ist es noch möglich, daß jeder Staat seiner Eigenart und Lage durch seine Rüstung Rechnung trägt. Den wahren Schutz Deutschlands bildet nur eine starke kriegsbereite Armee.

Die Einjährigenfrage ist angeschnitten worden, aber nur den Vorteil einer zweijährigen Dienstzeit auch für die Kategorien der Einjährig-Freiwilligen zu beleuchten. Denn unter das Maß einer zweijährigen Dienstzeit herunterzugehen, ist bei den heutigen Anforderungen unmöglich.

Generalmajor **Wandel** bestätigte, daß durchschnittlich etwa 80 000 Mann, die bedingt tauglich seien, der Ersatzreserve überwiesen und nicht ausgebildet würden. Die größere Zahl davon sei körperlich geeignet, im Kriegsfalle verwendet zu werden. Weshalb man von ihnen keine Ersatzreserve bildet, habe der Kriegsminister schon dargelegt. Redner äußert sich weiter über die Militärtauglichkeit der Ausgehobenen und sodann über das Verhältnis der Bevölkerungszahl zur Friedenspräsenzstärke. Von einer Belastung nach dieser Richtung hin könne nicht gesprochen werden. Die Inspektionen hätten den Zweck, über den Stand der Truppen, die Gleichartigkeit ihrer Ausbildung 2c., auf dem Laufenden zu bleiben. Es sei eine allerhöchste Order erlassen, wonach die Inspektionen möglichst beschränkt werden sollten.

Am Schlusse der Sitzung wurde der einschneidende Paragraph des Militärgesetzes, der die Schaffung von 25 Armeekorps fordert mit den Stimmen der Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Das Branntweinkontingent in der Kommission.

Berlin, 1. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Branntweinkontingentskommission führte am Mittwoch die allgemeine Besprechung zu Ende und begann die Spezialberatung. Die Volkspartei hatte zu Beginn der Sitzung vorgeschlagen, zuerst über den Vergällungszwang und Durchschnittsbrand zu beraten, weil die Fraktion davon eventuell ihre Haltung zu den übrigen Bestimmungen des Gesetzes abhängig machen wolle. Die Kommission beschloß aber, die Reihenfolge der Beratung nach dem Entwurf einzuhalten. Infolgedessen erklärte die Volkspartei, daß ihre Abstimmung nur als vorläufige zu gelten hätte. Die Kommission beriet nunmehr zunächst über den Antrag der Sozialdemokraten. Bekanntlich soll die Beseitigung der Kontingentsspannung zwischen 105 und 125 Mk. für das Hektoliter Mittel für die Deckung der Heeresvorlage liefern. Die Sozialdemokraten sind mit der Beseitigung des Kontingents einverstanden, aber sie wollen den Satz nicht auf 125 lassen, sondern an der unteren Grenze von 105 Mk. Die Begünstigung für die süddeutschen Reservatstaaten soll aber so, wie es der Regierungsentwurf vorschlägt, bleiben. Demzufolge sollen die süddeutschen Brennereien eine um 7½ Mk. geringere Steuer zahlen, als bisher innerhalb ihres Kontingents. Da nun der durch die Einführung der einheitlichen unteren Steuergrenze und durch die weitere Liebesgabe an die Süddeutschen entstehende Einnahmeausfall für die Reichskasse vermutlich nicht anderweitig gedeckt werden könne, solle nach dem Antrage der Sozialdemokraten die Erbschaftssteuer eingeführt werden. Der sozialdemokratische Abg. Wurm gab dazu folgende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion für die Erbschaftssteuer ab: Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen. Zu dieser Erklärung bin ich durch meine Fraktion ermächtigt.

Zugleich mit diesem Antrag wird auch ein Antrag beraten, den Mitglieder der Konservativen, der Polen, des Zentrums und der Nationalliberalen eingebracht haben. Nach diesem Antrage soll der aus der Betriebsauflage angesammelte Geldbestand, der zur Propagierung und Verbilligung des technischen Spiritus bestimmt ist, verstärkt werden durch einen jährlichen Beitrag von 60 Millionen, der aus dem Ertrage der Verbrauchsabgabe zu entnehmen ist. Hierzu erklären die Vertreter der Konservativen und Polen, daß sie von der Annahme dieses Zusatzantrages mindestens dem Prinzip nach ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig machen müßten. Nach längerer Beratung wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der bürgerlichen Parteien, der unter dem Namen Dietrich (kons.) geht, wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. § 1 der Vorlage wurde sodann mit dem vorher angenommenen Zusatz mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Beratung über die folgenden Paragraphen, die die Hauptbestimmungen für Süddeutschland enthalten, wurde noch nicht zu Ende geführt. Es liegt zum süddeutschen Reservat eine Reihe von Anträgen vor, die auf eine Erweiterung der Spannung bis zu 12 Mk. geht.

Aus dem Reichstage.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Frage, ob die Wahl des Reichstagspräsidenten Kaempf aus dem 1. Berliner Wahlkreis überhaupt zu recht besteht. Die Frage ist durch die heutigen Verhandlungen zweifelhaft geworden. Die Kommission kam zu dem Schlusse, daß ihm von den 9 Stimmen, die er mehr erhalten hat, als sein sozialdemokratischer Gegner, 3 Stimmen abgezogen werden müssen. Eine Stimme wird ihm dagegen zugezählt, so daß noch eine Mehrheit von 7 gültigen Stimmen verbleiben wird. Jedoch ist die Gültigkeit von 19 weiteren Stimmen zweifelhaft. Deshalb wird die Wahl beanstandet und Beweiserhebung beschlossen.

Frhr. v. Hertling über den bayerischen Jesuitenerlaß.

München, 1. Mai. (Drahtb.) In der Kammer der Abgeordneten führte Ministerpräsident Frhr. v. Hertling in Beantwortung der Interpellation betreffend den Jesuitenerlaß aus:

Die Entschließung, die den Gegenstand der vorliegenden Interpellation bildet, war das Endglied der seit längerem bereits unter dem früheren Ministerium eingeleiteten Verhandlungen. Es ergab sich für die Folgezeit für das Ministerium ein Anlaß, der bisherigen Handhabung des Jesuitengesetzes und seiner Vollzugsvorschriften auf den Grund zu gehen, da von den kirchlichen Organen Vorstellungen eingereicht wurden. Auf Grund der einschlägigen Erwägungen glaubte der frühere Kultusminister, die Weisung dahin in Aussicht stellen zu sollen, daß zu der verbotenen Ordenstätigkeit der Jesuiten weder die sogenannten Konferenzvorträge noch jene priesterlichen Handlungen zu zählen sind, die zum Zwecke vorübergehender Aushilfe in der Seelsorge in Abhängigkeit von dem zuständigen Pfarramte vorgenommen werden. Von dieser Absicht wurde den Bundesregierungen Mitteilung gemacht. So stand die Sache, als im Februar der Ministerwechsel eintrat. Wir hatten also eine Erbschaft übernommen und diese zu liquidieren; doch möchte ich betonen, daß die neuen Minister, da sie mit der bisher in Aussicht genommenen Maßnahme einverstanden waren, auch die volle Verantwortung der Maßnahme tragen. Der Erlaß vom 11. März befaßte sich mit der Interpretation der vom Bundesrat zu dem Reichsgesetz erlassenen Vollzugsbekanntmachung vom 5. Juli 1872. Das Wort Ordenstätigkeit, das vom Bundesrat nicht näher erläutert worden ist, stellt keinen eindeutigen, klar umschriebenen Begriff dar, es ist einer weiteren und engeren Auslegung fähig, je nachdem man entweder alle seelsorglichen Funktionen einbezieht oder jene priesterlichen Handlungen ausschließt, bei denen der Ordensangehörige einer anderen Aufsichtsgewalt als der für die Ordensleute unmittelbar untergeordnet ist. Beide Auslegungen sind nach der Anschauung der bayerischen Regierung an sich möglich und mit dem Wortlaut der reichsgesetzlichen Vorschriften zu vereinbaren. Die bayerische Regierung ging bei dem Erlaß von der Auffassung aus, daß sie nur von der den Einzelstaaten zukommenden Bewegungsfreiheit für den Gesetzesvollzug Gebrauch mache.

Für die bayerische Regierung war bei dem Übergang zu einem milderen Vollzug die Erwägung bestimmend, daß in dem allgemeinen Urteil über den Jesuitenorden seit dem Erlaß des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1872 ein Umschwung zugunsten des Ordens eingetreten ist. Dies erhellt aus der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Um allen Zweifeln an der Loyalität der bayerischen Regierung zu begegnen und auch nicht den Schein einer Trübung des Verhältnisses der bayerischen Regierung zur Reichsleitung aufkommen zu lassen, hat sie vor kurzem beim Bundesrat den Antrag auf eine authentische Interpretation des Begriffes „Ordenstätigkeit" eingebracht. Hierdurch hat die bayerische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie bereit sei, diejenige Auslegung sich zu eigen zu machen, die das Organ, das allein zu einer verpflichtenden Interpretation berufen ist, nämlich der Bundesrat, für richtig erklärt. Der Ministerpräsident sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die öffentliche Meinung, die in einem über die Bedeutung dieser Angelegenheit weit hinausgehender Maße gereizt wurde, sich nun wieder beruhigt und der von Bayern selbst angerufenen Entscheidung des Bundesrats vertrauensvoll entgegensieht.

Am Schlusse der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam es zu einem erregten Auftritt. Als der Abg. Quidde (lib.) um 2½ Uhr einen Antrag auf Vertagung stellte, erklärte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Lerno, daß das Zentrum die Besprechung der Jesuiteninterpellation heute beendigen wolle. In der Debatte warfen die Abgg. Timm (Soz.) und Hübsch (lib.) dem Zentrum Vergewaltigung der Minderheit und Unanständigkeit vor. Sie erhielten Ordnungsrufe. Schließlich arteten die Lärmszenen derart aus, daß sich der Vizepräsident [illegible] genötigt sah, die Sitzung für geschlossen zu erklären. Die Linke nahm dieses mit stürmischem Beifall auf.

+ Neue Beamtenstellen durch die neue Militärvorlage.

Die neue Militärvorlage bringt, wie uns geschrieben wird, auch den Militäranwärtern und Unteroffizieren neue günstige Aussichten für einen schnellen Broterwerb, denn es sind nicht weniger als 217 neue Beamtenstellen in der Militärvorlage vorgesehen, welche für Militäranwärter und Unteroffiziere zugänglich sind. Besonders die Vermehrung der Anzahl der Oberzahlmeister und Zahlmeister um 36 neue Stellen wird von den beteiligten Beamtenkreisen als sehr angenehm empfunden werden, da gerade auf diesem Gebiete die Aussichten sehr ungünstig waren und bis zu 60 Anwärter auf einen einzigen Posten vorhanden waren. Außer diesen 26 Zahlmeisterstellen werden durch die neue Wehrvorlage 57 Oberintendantur- und Intendantursekretärstellen geschaffen, ferner sind erforderlich 8 Oberintendantur- und Intendanturregistratoren, 4 Proviantmeister, 10 Proviantamtsinspektoren, 2 Backmeister, 1 Garnisonverwaltungsdirektor, 25 Inspektoren, 32 Kasernenwärter, 2 Lazarettoberinspektoren und 5 Inspektoren, 3 Kanzlisten, 3 Küster, 5 Militärschreiber, 3 Militärschreibergehilfen, 6 Unterbeamte und 9 Hausdiener. Außer diesen 317 Beamtenstellen für die Militäranwärter sind noch 127 Avancementsstellen für die Unteroffiziere vorgesehen. Davon sind wesentlich folgende neue Frontstellen: 5 Feuerwerkshauptleute, 6 Zeug- und Feuerwerksoberleutnants und -Leutnants, 14 Oberfeuerwerker, 32 Waffenmeister, 12 Obermusikmeister, 15 Schirrmeister und 43 Unterzahlmeister. Die Anzahl der Zahlmeisterbeförderungsstellen ist demgemäß beträchtlich gewachsen.

Stadtverordneten-Versammlung.

△ **Münster**, 1. Mai.

Anwesend vom Kollegium: Kayser Stadtverordneten-Vorsteher, Gaßmann, Stellvertreter des Vorstehers, Dr. Bäumer Beckmann gnt. Hovestadt, Beisenkötter, Hermann Böckmann, Wilhelm Böckmann, Breuer, Camps, Clement, Cruse, Deckwitz, Dieckmann, Dortants, Ebert, Eggert Feibes, Frieling, Holle, Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Kaßner, Kaufmann, Kirchhoff, Kluxen, Kruiv, Dr. Linneborn, Lödige, Löffen, Meyring, Nillies, Overdiek, Peus, Dr. Reiche, Schiller, Schmedding, Simons, Stroetmann, Tumbrink, Warnecke, Wenking, Wischmann, Wieskötter gnt. Mertens, Dr. Wurst.

Mit Entschuldigung fehlten: Dröge, Hüffer, Schulze Steinen.

Anwesend vom Magistrat: Erster Beigeordneter Dieckmann Zweiter Beigeordneter Dr. Krüsmann, Stadtsyndikus Darius, Stadtbaurat Tormin, Stadtbaurat Schirmeyer

Eingegangen sind 1. der Geschäftsbericht des Bauvereins der Stadt Münster für 1911; 2. eine Broschüre über den Nutzen des Badens und 3. die Einladung des Vereins ehemaliger Angehöriger des 16. Armeekorps zu seinem Fahnenweihfest am kommenden Sonntag.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Bewilligung eines Betrages für Stipendien an das Konservatorium der Musik.

Der Direktor des Konservatoriums der Musik, Herr Adolf Stierlin, hat gebeten, ihm den in früheren Jahren bewilligten Betrag von 300 Mk. für bedürftige einheimische Schüler des Konservatoriums auch für dieses Jahr zu bewilligen. Der Magistrat ist bereit, diesem Gesuch zu entsprechen. Der Betrag soll aus Sparkassenreingewinn genommen werden.

Referent Stadtv. Zarnitz befürwortet namens der Rechnungskommission den Antrag, der angenommen wird.

Anderweitige Aufstellung der für den Neuplatz bestimmten Bronzebildwerke.

Durch Beschluß vom 27. August 1907 haben die Stadtverordneten einen Beitrag von 6000 Mk. zu den Kosten von zwei in unserer Stadt aufzustellenden Bronzebildwerken bewilligt, für die aus den Mitteln des Landeskunstfonds vom damaligen Kultusminister Dr. Studt, dem Ehrenbürger der Stadt Münster 40 000 Mk. zur Verfügung gestellt waren. Außerdem haben die Stadtverordneten die auf 500 Mk. geschätzten Fundamentierungskosten bewilligt. Die Bildwerke sind nunmehr von dem Bildhauer Professor Berewitz in Cassel fertiggestellt und sollen baldigst aufgestellt werden. Als Standort war bisher die Kreuzung der Schloßallee und Promenade in Aussicht genommen. Bei einer zur genauen Bestimmung des Standortes vom Oberpräsidenten anberaumten Besichtigung ging jedoch die übereinstimmende Ansicht aller Anwesenden (des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, des Künstlers und der Vertreter der Stadtverwaltung) dahin, daß an dieser Stelle überhaupt keine passende Aufstellungsmöglichkeit für die Bildwerke gefunden werden könne. Der Künstler und Stadtbaurat Schirmeyer wurden deshalb beauftragt, einen anderen Platz ausfindig zu machen. Nach ihrem Vorschlage tritt der Magistrat für die Aufstellung der Bildwerke auf dem Ludgeriplatz ein. (Die Aufstellung der Gruppen soll nach dem Plane am Südende der Anlagen des Ludgeriplatzes beiderseits von der Straße inmitten der verbreiterten Wege erfolgen. Zu diesem Zwecke müssen die Anlagen etwas verkleinert und die Bedürfnisanstalt verlegt werden. Die Kosten für die Verlegung der Bedürfnisanstalt und kleine Veränderungen der Wege und Anlagen können aus dem laufenden Etat gedeckt werden.

Referent Stadtv. Ebert erläutert die Vorlage und fragt gleichzeitig an, wo die beiden wunderschönen Hirsche geblieben seien, die früher unsere Anlagen schmückten.

Stadtv. Peus gibt zu bedenken, ob die beiden Gruppen nicht doch auf dem Neuplatze besser stehen, als auf dem Ludgeriplatz.

Stadtv. Löffen wünscht, daß zunächst den Stadtverordneten durch Aufstellung von Attrappen die Wirkung der Denkmäler gezeigt werden möge. Er bittet deshalb, die Sache zu vertagen.

Stadtbaurat Schirmeyer: Vom Kultusministerium waren seinerzeit 30 000, später 40 000 Mk. aus dem Landeskunstfonds zur Verfügung gestellt worden für eine monumentale Brunnenanlage. Diese war gedacht in der Kreuzung der Schloßallee mit der Promenade. Dieser Platz war ganz aus dem Gedanken dieses Brunnens heraus gewählt, weil der Brunnen an dieser Stelle glücklich untergebracht werden konnte. Im weiteren Verlaufe der Entwicklung der Angelegenheit blieben schließlich nur die beiden Figuren übrig, die zuerst zu beiden Seiten des Brunnenbeckens gedacht waren. Nunmehr konnte für die Aufstellung der bisherige Platz nicht mehr in Frage kommen. Weil man nun einmal auf dem Neuplatze war, ging man zunächst dazu über, die beiden Gruppen von der Straßenkreuzung zurück zu rücken. Ich glaube, wenn es sich von vornherein um die Aufstellung dieser beiden Gruppen gehandelt hätte, würde man wohl niemals den Neuplatz gewählt haben. So hat sich denn die Ansicht Bahn gebrochen, einen anderen Platz für die Aufstellung zu suchen. Entgegen der Ansicht des Herrn Peus muß ich sagen, daß die Gruppen, die mit dem Sockel zusammen etwa vier Meter hoch sind, auf dem weiten Neuplatz ganz verschwinden würden. Sie erfordern m. E. gerade einen engeren Rahmen. Dazu kommt, daß die Darstellungen selbst, Menschen mit Tieren, direkt vor das Schloß weniger passen, als gerade an einen Platz, der dem Verkehre besonders dient. Darum erscheint mir der Eingang in die Stadt am Ludgeritor weit besser geeignet, als der Platz vor dem Schlosse. Diese Ansicht hat auch die eingesetzte Kommission geteilt, gerade der Herr Oberbürgermeister ist lebhaft bemüht gewesen, einen anderen, geeigneteren Platz zu finden, und so hat sich die Kommission für den Ludgeriplatz entschieden, weil sich sonst nirgendwo die Möglichkeit bietet, die Bildwerke in symmetrischer Beziehung zueinander aufzustellen. Hier werden sie torpfeiler-, pylonenartig wirken. Wenn der Wunsch geäußert wird, Attrappen aufzustellen, wird gegen eine Vertagung nichts einzuwenden sein. Aber eine baldige Aufstellung ist zu empfehlen, weil alles zur Aufstellung bereit ist.

Stadtv. Cruse tritt dafür ein, daß die Gruppen auf dem Servatiiplatz aufgestellt werden sollen, wenn einmal das Bönninghausensche Haus abgebrochen ist. Auch könnten die Gruppen vielleicht unabhängig voneinander Aufstellung finden.

Stadtv. Peus: Ich meine, der Wunsch des Geschenkgebers, daß die Gruppen auf dem Neuplatze stehen sollen, muß respektiert werden. Wir könnten sie hier auch getrennt aufstellen. Geeignete Plätze bieten auch die bis jetzt noch nicht mit Anlagen geschmückten großen Vierecke des Neuplatzes; denn gelegentlich werden hier noch Anlagen geschaffen werden müssen. Auch die Kreuzschanze könnte in Frage kommen.

Stadtv. Ebert bittet, es bei dem Vorschlage der Kommission zu belassen.

Stadtv. Löffen tritt nochmals für Vertagung ein, damit Vorschläge aus der Bürgerschaft gemacht werden können.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche ist gleichfalls für die Beibehaltung des Neuplatzes, da die Gruppen (eine Kuh mit einer Magd und ein Pferd mit einem Knecht) sich recht gut der Benutzung des Neuplatzes zu landwirtschaftlichen Zwecken (Viehmarkt) anpassen.

Stadtbaurat Schirmeyer: Was den Wunsch des Geschenkgebers betrifft, so möchte ich ausführen, daß der Oberpräsident, der doch als Vertreter des Geschenkgebers betrachtet werden kann, auch durchaus auf dem Standpunkte stand — und zwar gemeinschaftlich mit dem Künstler —, daß der Neuplatz für die beiden Darstellungen nicht zweckmäßig ist, weil die Gruppen ihrer Darstellung und Umgebung nach nicht mehr dahin passen. Auch betone ich nochmals, daß sie in der freien Natur verschwinden würden. Genehmigen Sie daher den von der Kommission gewählten Platz.

Stadtv. Dr. Bäumer erklärt sich auch für den Ludgeriplatz.

Bürgermeister Dieckmann: Die Hirsche, nach denen Herr Ebert fragte, mußten aus den Anlagen entfernt werden, weil sie zu sehr die Zielscheibe von Leuten bildeten, die sie beschädigten. Der Magistrat hat sie daher aus den Anlagen herausnehmen lassen.

Hierauf wird die Vertagung der Vorlage beschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Kayser lädt die Stadtverordneten zu einer Lokalbesichtigung ein, die in der nächsten Woche stattfinden soll.

Neuwahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes.

Die sechsjährige Wahlperiode des zum unbesoldeten Magistratsmitgliede gewählten Stadtrats Heinrich Coenen läuft mit dem 28. November 1912 ab. Es ist deshalb eine Neuwahl vorzunehmen.

Die Wahlvorbereitungskommission schlägt Wiederwahl vor; diese erfolgt debattelos. Sie muß nach den Vorschriften der Städteordnung durch Stimmzettel erfolgen. Von den abgegebenen 45 Zetteln entfallen 43 auf Herrn Coenen; zwei Zettel waren unbeschrieben.

Errichtung der Stelle eines hauptamtlichen Leiters für die gewerblichen Fortbildungsschulen.

Der Magistrat schreibt:

Der Leiter der Handwerkerfortbildungsschule, Herr Direktor Dr. Hoffschulte, hat gebeten, ihn baldmöglichst von der Leitung dieser Fortbildungsschule zu entbinden. Er begründet seinen Wunsch einmal damit, daß bei dem nunmehr vollendeten Ausbau der Oberrealschule und der damit verbundenen Vermehrung der Arbeit er den Geschäften der gewerblichen Fortbildungsschule sich nicht mehr in dem bisherigen Umfange widmen könne, und sodann, daß die zu erwartende gesetzliche Erweiterung des Aufgabenkreises der gewerblichen Fortbildungsschulen eine vermehrte Arbeitslast hervorrufe und bedinge, daß die Leitung der Geschäfte in die Hand eines hauptamtlichen Leiters gelegt würde, und endlich, daß der Fortbestand und die Weiterentwickelung der Schule für Kunst und Handwerk von einer organischen Angliederung an die Fortbildungsschule und einem weiteren Ausbau des kunstgewerblichen Charakters dieser Anstalt unter einer einheitlichen Leitung der beiden Schulen abhänge. Wir haben uns der Auffassung nicht verschließen können, daß diese Gründe dazu führen müssen, dem Antrage des Herrn Direktors Dr. Hoffschulte auf Entlassung aus seinem Amte als Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule zu entsprechen, so sehr wir auch diesen Schritt bedauern zu müssen glauben, da wir jederzeit die großen Verdienste des Herrn Direktors Hoffschulte um das Fortbildungsschulwesen unserer Stadt vollauf zu würdigen gewußt haben und dankbarst anerkennen. Wir haben dann in Verfolg dieser Tatsache beschlossen, nunmehr die Stelle eines hauptamtlichen Leiters der gewerblichen Fortbildungsschulen, nämlich der Handwerkerfortbildungsschule und der Schule für Kunst und Handwerk, zu errichten.

Bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse und der voraussichtlichen zukünftigen Weiterentwickelung des Fortbildungsschulwesens, sowie bei den zunehmenden Anforderungen, die seitens der Staatsregierung an die gewerblichen Fortbildungsschulen hinsichtlich des Lehrplanes, der Unterrichtsgegenstände, der Unterrichtszeit und der Ausbildung der Lehrkräfte gestellt werden, ist eine weitere nebenamtliche Leitung der gewerblichen Fortbildungsschulen in unserer Stadt nicht mehr durchzuführen, zumal es hierfür nach dem Rücktritte des Herrn Direktors Dr. Hoffschulte an einer geeigneten Persönlichkeit fehlen dürfte. Die im Interesse der Gewerbeförderung notwendige gedeihliche Entwickelung der Handwerkerfortbildungsschule und der Schule für Kunst und Handwerk wird in Zukunft nur dann gewährleistet sein, wenn diese Schulen einen eigenen hauptamtlichen Leiter erhalten, dem späterhin zweckmäßig einzelne hauptamtliche Lehrkräfte zur Seite zu stellen sein werden. Es bietet sich dann auch die unsererseits schon seit längerer Zeit erstrebte Möglichkeit, an die gewerbliche Fortbildungsschule die bisherige Schule für Kunst und Handwerk in der Gestalt von kunstgewerblichen Klassen für die nicht mehr fortbildungsschulpflichtigen jungen Handwerker anzugliedern. Auf einen solchen Weg ist die Entwickelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in anderen Städten, z. B. in Hildesheim, Dortmund und Bielefeld, mit Erfolg gelenkt worden. Wir sind in Übereinstimmung mit den Kuratorien der beiden Schulen der Auffassung, daß diese Art des Ausbaues des gewerblichen Fortbildungsschulwesens die richtige und für den Handwerkerstand und das Kunstgewerbe Erfolg versprechende Reorganisation sein wird. Die der gewerblichen Fortbildungsschule anzugliedernden kunstgewerblichen Klassen als Ersatz der jetzigen Schule für Kunst und Handwerk würden begabtere und fortgeschrittenere junge Handwerker nach Absolvierung der Fortbildungsschule aufnehmen und als vorbereitende Klassen für den späteren Besuch der Kunstgewerbeschule oder höheren Fachschule einzelner Gewerbe dienen. Die hiesige Kunstgenossenschaft, welche die gegenwärtige Trägerin des Unternehmens der Schule für Kunst und Handwerk noch ist, während die Unterhaltung der Schule lediglich aus Zuschüssen des Staates, der Handwerkskammer, der Provinz und der Stadt über die durch die Schulgeldeinnahmen nicht gedeckten Ausgaben hinaus erfolgt, wird zur bedingungslosen Übergabe der Schule an die Stadt bereit sein, da diese allein den Fortbestand und weiteren Ausbau der Schule gewährleisten kann.

Nach diesen Ausführungen wird die Errichtung der Stelle des hauptamtlichen Leiters der gewerblichen Fortbildungsschulen und deren baldige Besetzung den Anfang der Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in unserer Stadt bedeuten und wird demnach ein wichtiger Schritt auf diesem Gebiete der Gewerbeförderung, zugleich aber auch in der finanziellen Mehrbelastung der Stadt für das Fortbildungsschulwesen sein. In letzterer Hinsicht bemerken wir, daß nach den bisherigen Verhandlungen mit der Staatsregierung, welche lebhaft die geplante Neugestaltung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens wünscht, für die erhöhten persönlichen Ausgaben erhebliche Staatszuschüsse erwartet werden müssen, daß dagegen die vermehrten sachlichen Ausgaben, die u. a. in einem auf die Dauer nicht zu entbehrenden eigenen Schulgebäude der Fortbildungsschule bestehen werden, von der Stadt allein zu tragen sein werden.

Wir haben fernerhin beschlossen, wenn die verehrliche Versammlung die Errichtung der Stelle genehmigt, dieselbe ohne Angabe eines bestimmten Gehaltes und ohne Forderung einer bestimmten Vorbildung der Bewerber auszuschreiben. Durch diese Art der Ausschreibung glauben wir eine möglichst umfassende Konkurrenz in der Besetzung der Stelle hervorzurufen. Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen befindet sich nämlich noch in einem solchen Stadium der Entwickelung, daß die Anschauungen über die Vorbildung der Qualifikation der Leiter und Lehrer an diesen Schulen weniger als für andere Schulen geklärt sind und einheitlich beurteilt werden. Auch ergibt eine Übersicht über die bisher bestehenden hauptamtlichen Leiterstellen der gewerblichen Fortbildungsschulen in den Städten unserer Provinz und der benachbarten Provinzen, daß die Anforderungen an die Vorbildung und die Höhe der Besoldungen sehr verschieden beurteilt und geregelt sind. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß durchschnittlich ein Gehalt von 5400—6600 Mark und eine angemessene Mietsentschädigung in anderen Städten gezahlt wird. Aus den angeführten Gründen glauben war am ehesten eine geeignete Persönlichkeit zu erlangen, wenn wir uns zunächst in keiner Weise auf die Anstellungsvoraussetzungen und -Bedingungen festlegen und deren Regelung den demnächstigen Verhandlungen mit den auf Grund der Ausschreibung in Frage kommenden Bewerbern überlassen.

Wir bitten die geehrte Versammlung, die Errichtung der Stelle eines hauptamtlichen Leiters der gewerblichen Fortbildungsschulen nach Maßgabe unserer vorstehenden Vorschläge zu beschließen. Die Festsetzung der Besoldung bleibt der Versammlung bis zur Besetzung der Stelle auf Grund eines besonderen Antrages unsererseits vorbehalten.

Referent Stadtv. Prof. Dr. Kahle bittet um Genehmigung der Magistratsvorschläge. Er dankte unter lebhaften Bravorufen der Versammlung dem Herrn Direktor Dr. Hoffschulte für seine langjährige erfolggesegnete Tätigkeit. Die Rechnungskommission habe sich gestern sehr eingehend über diese Vorlage unterhalten und sei sich bewußt geworden, daß diese Vorlage das erste Glied einer Kette sei, deren schwere Last die Stadt auf die Dauer drückend empfinden werde. Es werden dem hauptamtlichen Leiter, hauptamtliche Lehrer folgen müssen. Sind diese da, so müssen die Schulzeiten auf den Tag verteilt werden und dann muß ein eigenes Schulgebäude errichtet werden. Trotzdem stimmte die Rechnungskommission der Vorlage zu, allerdings mit der Maßgabe, daß die Anstellung des neuen hauptamtlichen Leiters erst zum 1. April 1913 erfolge.

Stadtv. Dieckmann betont, daß die Stadt bisher große Opfer für die Ausbildung der Jugend gebracht habe, aber namentlich in wissenschaftlicher Beziehung. Da sei es Zeit, sich auch des Mittelstandes zu erinnern und was sei da geeigneter als die Ausbildung der jungen Handwerker. Andere Städte sind, so führt Redner aus, uns darin schon mit gutem Beispiel vorangegangen und haben neben den gewerblichen Schulen besondere Kunstschulen errichtet. Auch wir haben bekanntlich eine derartige Schule, eine Einrichtung der Kunstgenossenschaft. Diese Schule kann aber für die Folge nur ihren Zweck erfüllen, wenn sie in die Verwaltung der Stadt übergeht. Redner betont zum Schluß die Notwendigkeit der Anstellung eines hauptamtlichen Leiters und bittet um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche: Ich habe selten eine Vorlage mit solcher Freude und Anerkennung begrüßt, wie diese. Andererseits befällt uns ein Gefühl der Wehmut, daß wir den hochverdienten Leiter von dem Amte scheiden sehen, dem er sich in seinen Freistunden mit seltener Liebe und Hingebung widmete. Die Schattenseiten einer Sache sieht man stets zuerst; so hat auch diese Vorlage Schattenseiten. Diese müssen wir aber außer acht lassen, will Münster hinter anderen Städten nicht zurückbleiben. Die Ausstellungen der Schule haben uns bisher schon gezeigt, daß die Schule segensreich zu wirken imstande ist. Das bringt uns auf die Lichtseiten. Solche sind: die Aussicht, daß in Münster, der alten Kunststadt das Kunstgewerbe wieder zu der hohen Blüte gebracht werde, ähnlich der Zeit, die zu uns spricht durch die herrlichen Kunstbauten unserer Stadt.

Stadtv. Prof. Dr. Linneborn schließt sich zunächst den anerkennenden Worten für Direktor Hoffschulte an, bittet aber im persönlichen Interesse des Herrn Direktors Hoffschulte dem Vorschlage der Rechnungskommission nicht zu folgen und die Stelle nicht erst am 1. April zu besetzen. Dafür sprechen auch sachliche Gründe, da sonst der Wechsel in der Leitung mit dem an sich unruhigen Wechsel des Schuljahres zusammenfalle. Andererseits dränge die Regierung auch auf Vorlegung neuer Lehrpläne bis spätestens 1. April. Diese Aufgabe könne aber nur der neue hauptamtliche Leiter lösen.

Referent Prof. Dr. Kahle: Es waren nicht finanzielle Bedenken, den Zeitpunkt bis zum 1. April hinauszuschieben, sondern der Umstand, daß es sich um eine Wahl handelt, die wir nicht übereilt vornehmen sollen. Es werden bei der freien Ausschreibung recht viele Angebote an uns gelangen. Aus ihnen das Beste herauszufinden, bedarf sorgfältiger Prüfung in der Kommission. Dafür dürfte die Zeit bis zum Herbst zu kurz sein. Wir sollen einen Mann aussuchen, der für das Fortbildungsschulwesen in unserer Stadt grundlegende Arbeit für alle Zeiten schaffen soll.

Stadtv. Dieckmann schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Antrag der Rechnungskommission wird darauf angenommen.

Genehmigung eines Ortsstatuts zwecks Aufstellung der Listen für die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.

Nach der Bestimmung im § 19 der Städteordnung für die Provinz Westfalen soll die Liste der stimmfähigen Bürger vom Magistrat geführt und alljährlich berichtigt werden. In den Jahren nun, in denen regelmäßige Ergänzungswahlen nicht stattfinden, ist das Interesse der Bürgerschaft an der Neuaufstellung der Listen so gering, daß es in keinem Verhältnis steht zu den Kosten, die dadurch erwachsen. Der Magistrat hat beschlossen, ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches bestimmt wird, daß 1. die Liste der stimmfähigen Bürger nur in den Jahren aufgestellt wird, in denen regelmäßige Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattfinden; 2. die Fristen für die Aufstellung, Offenlegung usw. der Liste auf den 1. bis 15. September bzw. 15. bis 30. September, bzw. 15. Oktober anderweitig festgesetzt werden.

Referent Stadtv. Schmedding beantragt namens der Wahlvorbereitungskommission die Abstimmung in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Stadtv Holle äußert den Wunsch, von jetzt ab die Benachrichtigung an die Wähler mit der Auslegung der Wählerliste zusammenfallen zu lassen, wie es jetzt auch in anderen Städten geschehe.

Der Antrag des Referenten findet Annahme.

Festsetzung des neuen Elektrizitätstarifs.

Die den Stadtverordneten in der Sitzung vom 3. April vorgelegten neuen Stromtarife haben das Kollegium inzwischen in vertraulichen Vorbesprechungen beschäftigt. Wir haben die Tarifvorlage und ihre Begründung in Nr. 250 im Wortlaut gebracht nebst einer Eingabe von mehreren Stromabnehmern, in der Abänderungsvorschläge zu einzelnen Tarifen gemacht wurden. Eine weitere Eingabe druckten wir in Nr. 273 ab.

Der Magistrat machte bekanntlich 4 Tarifvorlagen und eine Vorlage betr. die Elektrizitätszähler.

Tarif A ist für die Stromentnahme von unter 25 000 Kilowattstunden jährlich. Der Tarif ist ähnlich dem jetzt in Kraft sich befindenden Wrightschen Tarif aufgebaut. Die Ablesung erfolgt monatlich, die Berechnung soll aber nach dem bei den 12 Ablesungen im Jahre ermittelten Höchststand erfolgen. Der Preis der Kilowattstunde soll 35 (bisher 70) Pfg., der die mittlere Belastung überschreitende Verbrauch 8 (bisher 10) Pfg. betragen.

Tarif B ist für Stromabnehmer von mindestens 25 000 Kilowattstunden mit Einrichtung von Sperrzeiten. Auch hier wird (allerdings bei anderer Ermittelung des Höchstverbrauchs) ein Preis von 35 bezw. 8 Pfg. pro Kilowattstunde zu Grunde gelegt.

Tarif C ist ein Pauschaltarif für mindestens 60 Kilowatt und höchstens 350 Kilowatt. Der Preis geht staffelweise von 2,00 Mk. pro Monat (für 60 Kilowatt) bis 9,25 Mk. (für 350 Kilowatt). Für eventl. Mehrverbrauch über das abgeschlossene Pauschquantum kann ein besonderer Zähler eingebaut werden, der Mehrverbrauch kostet 40 Pfg. pro Kilowattstunde. Für die Pauschalentnahme ist eine jährliche Anerkennungsgebühr von 6 Mark zu zahlen. Dieser Tarif kommt für die meisten Privathaushaltungen in Frage und hat bisher bei allen Interessenten ungeteilte Anerkennung gefunden.

Tarif D ist ein Doppeltarif, den die Betriebsverwaltung eingebracht hat, weil in der Bürgerschaft (auch von uns. D. R.) lebhafte Propaganda für ihn gemacht ist. Die Betriebsverwaltung glaubt aber, daß sie mit den 3 vorher genannten Tarifen alle Verbrauchsverhältnisse gerecht erfaßt hat. Der Strompreis bei dem Doppeltarif beträgt, ohne Rücksicht auf den Höchstverbrauch innerhalb der Sperrzeit 15 Pfg., außerhalb der Sperrzeit 40 Pfg.

Der Tarif für die Zählermiete sieht gegenüber der jetzt geltenden Miete eine nach Art und Stärke der Anlage abgestufte Miete von 75 Pfg. bis 2 Mk. für Einfachzähler und von 1,75 bis 3 Mk. für Doppeltarifzähler vor. Der Magistrat hat im Gegensatz hierzu vorgeschlagen, die Zählermiete für 2½ bis 10 Amp. Zweileiteranlage auf 50 (statt 75) Pfg. festzusetzen.

Die Betriebskommission ist bekanntlich den vorgeschlagenen Tarifen beigetreten und empfiehlt ihre Annahme mit folgender Maßgabe:

1. Die Kosten für die bei Durchführung der Tarifreform erforderlich werdenden Meßapparate und Zähler sollen aus dem Erneuerungsfonds des Elektrizitätswerkes bestritten werden.

2. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Tarife wird der 1. April ds. Js. bestimmt. Für Abnehmer, in deren Anlage durch die Wahl des einen oder anderen Tarifs Änderungen an den Meßeinrichtungen durch das Elektrizitätswerk erforderlich werden, bleibt der bisherige Tarif bis zum Tage des Anschlusses der neuen Meßeinrichtungen noch in Kraft. Die voraussichtlich zahlreich einlaufenden Anträge der Stromabnehmer auf Abänderung der Meßeinrichtungen sollen in der Reihenfolge des Eingangs bei der Betriebsverwaltung erledigt werden.

Zu Eingang der heutigen Beratung gibt der Leiter des Städtischen Betriebsamtes, Stadtbaurat Tormin, eine allgemeine Erläuterung des jetzt gültigen Tarifs und der vorgeschlagenen neuen Tarife. Der neue Tarif A solle vornehmlich den Ansprüchen der bisherigen Abnehmer nach dem Wrightschen System gerecht werden. Den Satz von 35 Pfg. habe man zugrunde gelegt, da dieser auch von den meisten Überlandzentralen als Grundsatz in Anrechnung gebracht werde; ferner habe man diesen Satz gewählt, damit der Preis von 70 Pfg. — der ja nur auf dem Papier stand, da bisher keiner der Abnehmer mehr wie 35 Pfg. bezahlte, aus dem Tarif verschwinde. Der Tarif B dient in erster Linie den Großabnehmern, mit dem man hoffe, eine Menge laut gewordener Beschwerden zu beseitigen. Mit dem Tarif C wolle man den elektr. Strom populär machen und den Gebrauch des Petroleums einschränken. An einem im Saal aufgestellten

Apparat zeigt Redner die Verwendbarkeit dieses Tarifs, der tatsächlich große Vorteile zu bieten scheint. Der Tarif D (Doppeltarif) sei geeignet, den kleinen Gewerbetreibenden billigen Strom zu liefern. Durch die Begrenzung des Minimal-Preises auf 15 Pfg. (statt 25 Pfg.) werde sich allein ein Ausfall von 16 000 Mark ergeben. Redner wendet sich dann den in der Öffentlichkeit und den bisherigen Sitzungen laut gewordenen Bedenken gegen die einzelnen Tarife zu. Der Einwand, daß beim Tarif A durch eine einmalige starke Inanspruchnahme der Anlage eine ungerechte Berechnungsweise Platz greife, sei nicht stichhaltig. Andererseits müsse sich das Werk gegen eine willkürliche überstarke Belastung des Netzes in den Abendstunden durch derartige Preisfestsetzungen schützen. Gegen den Tarif B habe man eingewandt, daß er nur zwei Konsumenten erfasse und es sei vorgeschlagen, die Grenze auf 10 000 Kilowattstunden herabzusetzen. Während man den Tarif C anerkannt habe, habe der Tarif D Anfeindung gefunden, und es sei vorgeschlagen, den Mindestpreis in der Sperre auf 10 Pf. herabzusetzen, dagegen außerhalb der Sperrzeit auf 50 Pf. zu erhöhen. Namentlich aus den Kreisen der Gewerbetreibenden am Hafen sei gegen diesen Tarif Widerspruch erhoben. Von besonderen Verträgen mit den einzelnen Abnehmern müsse man in Zukunft absehen. Wolle man alle Interessenten an diesen Tarif unter einen Hut bringen, so empfehle sich der Cölner Tarif, der übrigens, auf den Kiesekampschen Sondertarif angewandt, genau den in diesem Vertrag eingeräumten Preis ergebe. Redner behält sich vor, im Laufe der Debatte auf einzelne Momente noch näher einzugehen.

Stadtv. Dr. Wurst: Die Rechnungskommission hat zu den jetzt vorliegenden Vorlagen keine Vorschläge gemacht, ist aber für ihre zweite Lesung und wird bei dieser Gelegenheit definitiv Stellung dazu nehmen. Aus der letzten Sitzung der Rechnungskommission möchte ich einiges mitteilen. In dem letzten Schreiben des Magistrats wird ausgeführt, daß die Vorschläge, die gemacht worden sind, nicht beachtet werden könnten, weil der weitere finanzielle Ausfall zu bedeutend sein würde. Wir haben in der Kommission zunächst über einen Doppeltarif beraten, da er in der Bürgerschaft allgemein verlangt wurde. Es hat sich jedoch ergeben, daß weder für das Werk eine wirtschaftliche Ausnutzung, noch für den größten Teil der Konsumenten der Nutzen daraus zu erwarten war, den man von ihm erhoffte. Unter den verschiedenen anderen Tarifen, die wir noch durchberaten haben, haben wir auch zu dem Zonentarif Stellung genommen, sind aber ebenfalls von ihm abgekommen, weil er nicht auf eine allgemeine Zustimmung rechnen konnte. Bei diesen Beratungen ging unser Bestreben dahin, einerseits den kleineren Lichtkonsumenten einen Vorteil zu gewähren, andererseits aber auch die Interessen der kleinen Kraftverbraucher zu berücksichtigen und dabei außerdem noch eine günstige Ausnutzung des Werkes zu ermöglichen. Wir sind nun zu dem Schlusse gekommen, daß der Höchstverbrauchstarif beibehalten werden muß. Der Tarif ist ja von vielen angegriffen worden; aber es hat sich doch für den überwiegenden Teil der Konsumenten ein solcher Vorteil gezeigt, daß wir keine Veranlassung hatten, von ihm abzugehen oder eine noch größere Ermäßigung eintreten zu lassen. Nach Durchberatung aller Tarife wurde uns der Pauschaltarif vorgelegt, der ja auch hier die allgemeine Anerkennung gefunden hat. Dieser Tarif ermöglicht es, daß auch kleine Verbraucher angeschlossen werden können, ohne daß sie Gefahr laufen, auf zu hohe Kosten zu kommen und andererseits die privaten Verbraucher die bei gewissen Gelegenheiten einen höheren Stromverbrauch notwendig haben, diesen kontrollieren können. Dadurch wurde die Situation wesentlich erleichtert, und so ist die vorliegende Tarifvorlage entstanden. Bei den Verbrauchern am Hafen liegen erhebliche Schwierigkeiten vor, weil es ihnen nicht möglich ist, die Sperrzeiten nicht zu überschreiten; denn sie sind infolge des Einlaufens der Schiffe und mit Rücksicht auf die für das Anschlußgleise bestehenden Schwierigkeiten genötigt, zu der gerade gegebenen Zeit zu arbeiten. In der Betriebskommission ist denn auch die Notwendigkeit anerkannt worden, daß auf sie besonders Rücksicht genommen werden muß. Auch liegen sie doch direkt neben dem Elektrizitätswerke, so daß die Kosten für das Kabel nicht in Betracht kommen. Leider ist unser Vorschlag, auch bei diesen Konsumenten mit Ausnahmetarifen zu verrechnen, bei den Vorbesprechungen abgelehnt worden, und man hat dafür den Cölner Doppeltarif vorgesehen. Die Kommission hat nun schließlich gesagt, wenn der Cölner Doppeltarif angenommen werde, sollten auch die Hafenanlieger da hineingenommen werden. Dieser Doppeltarif bringt aber einen weiteren Ausfall von 40 000 Mark, die, zusammen mit den 60 000 Mark für die bereits jetzt vorgesehenen Ermäßigungen einen Ausfall von 100 000 Mark ergeben. Die Betriebskommission wollte dieses Risiko nicht übernehmen. Dieselbe Frage ist gestern auch in der Rechnungskommission beleuchtet worden, in der auch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die kleineren Kraftverbraucher von dem Cölner Doppeltarif ungünstig behandelt werden. In der Rechnungskommission ist auch noch die Frage einer anderen Ermittlung der Durchschnittssätze für den Tarif A berührt worden. Ferner wurde dort noch darauf aufmerksam gemacht, daß es für manche recht ungünstig sei, daß zunächst die vollen Sätze für das ganze Jahr bezahlt werden müßten. Im großen und ganzen war man sich in der Rechnungskommission gestern noch nicht in voller Klarheit über die Tarife und wollte zunächst die Diskussion hier im Plenum hören. Von der Rechnungskommission wurde aber unter allen Umständen eine erste und zweite Lesung für notwendig erachtet, weil man sich sagte, daß die Entscheidung über diese Frage nicht von einer zufällig anwesenden Mehrheit abhängig gemacht werden sollte. Ich beantrage daher namens der Rechnungskommission eine zweite Lesung dieser Vorlage.

Erster Beigeordneter Dieckmann: Da der Herr Oberbürgermeister sich auf Urlaub befindet, sehe ich mich genötigt, mich in seiner Abwesenheit zu der Vorlage zu äußern. Ich werde es dabei vermeiden, auf Einzelheiten einzugehen, da diese von den beiden Herren Vorrednern schon berührt sind. Die Tarifvorlage, die Ihnen unterbreitet ist, bezweckt, den Stromabnehmern im allgemeinen billigere und günstigere Verhältnisse für die Stromabnahme zu schaffen und zwar sowohl den großen, als auch den kleinen Stromabnehmern und namentlich den Handwerkern. Dieser Aufgabe glaubte die Betriebskommission gerecht worden zu sein durch die Vorlage, die ihnen am 25. März zugegangen ist und in der vier Tarifarten enthalten sind. In den Vorberatungen hat sich nun ergeben, daß man beabsichtigt, noch wesentlich unter diese Tarifsätze herunterzugehen. Bei dieser Sachlage hält es nun der Magistrat für wichtig, daß die Tariffrage auch einmal beleuchtet wird nicht vom Gesichtspunkte des interessierten Konsumenten aus, sondern vom Gesichtspunkte der allgemeinen finanziellen Tragweite für die Gesamtheit. (Hört, hört!) Auch der Magistrat ist gern bereit, allen in Betracht kommenden, beteiligten Kreisen nach Möglichkeit entgegen zu kommen; aber dieses Entgegenkommen den Konsumenten gegenüber muß da seine Grenze finden, wo es anfängt, bedenklich oder bedrohlich zu werden für die Allgemeinheit. Von diesem Gesichtspunkte aus kann der Magistrat die Bestrebungen, den Tarif allzusehr zu ermäßigen, nicht gutheißen, sondern er muß auf das nachdrücklichste vor der Verwirklichung dieser Bestrebungen warnen.

Wir haben in den letzten Jahren wiederholt vor Augen geführt, wie die städtischen Betriebswerke das Rückgrat unserer gesamten Finanzgebarung sind und sein müssen. Nur durch die Erträgnisse der Betriebswerke ist es uns möglich gewesen, den Haushaltsplan auf einer angemessenen und nicht so hohen Steuergrenze zu halten. Gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus haben wir denn auch — ich glaube im Jahre 1909 — den Preis für Wasser und Gas erhöht, weil wir mit den damaligen Sätzen nicht auskommen konnten, um unsern Etat zu balanzieren. Die Grundsätze, die damals maßgebend gewesen sind für die gesamten Verhältnisse unserer Betriebswerke und ihre finanzielle Gestaltung für den städtischen Etat müssen auch heute noch maßgebend sein. Die städtischen Betriebswerke sind gewerbliche Betriebe, die nach kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet werden. Maßgebend für die Strompreise muß sein, daß Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen und richtigen Verhältnisse zu einander stehen. Der Umstand, daß die Stadt Eigentümerin der Betriebswerke ist, darf nicht dazu führen, daß der Einzelne einen Vorteil für sich daraus zieht. Es ist dabei von dem Standpunkte auszugehen, daß jeder das, was er erhält, zu dem vollen Preise bezahlen muß. Das sind die Grundsätze, die maßgebend für die Bemessung der Strompreise sind und sein müssen.

Mit diesen Grundsätzen läßt sich aber das jetzt hervorgetretene Bestreben, die Tarifsätze, die die Betriebskommission und der Magistrat vorgeschlagen haben, herabzusetzen, nach Auffassung des Magistrats schwerlich in Einklang bringen. Der Vorschlag der Betriebskommission und des Magistrats bedingt schon einen Einnahmeausfall von 90 000 Mark, wenn man noch einen mutmaßlichen Ausfall des Gaswerks dazu rechnet, weil viele der Gasverbraucher zur Elektrizität übergehen werden. Nun will der weitergehende Vorschlag, daß noch weitere 40 000 Mark eventuell eingebüßt werden sollen. M. H.! Der Magistrat glaubt, nicht zu diesem weitergehenden Vorschlage die Hand bieten zu können; denn das würde bedeuten, daß wir einen Gesamtausfall von 130 000 Mark im nächsten Etat haben würden, einen Einnahmeausfall, der im nächstjährigen Etat auf andere Weise wieder eingebracht werden müßte. Man wird hier zwar entgegen halten, daß die Zahl der Abnehmer größer wird und so der Ausfall durch Vermehrung der Stromentnahme wieder wett gemacht wird. Daß die Höhe des Stromverbrauches wachsen wird, ist selbstverständlich; aber wann und in welcher Zeit dieser Ausfall von 130 000 Mark wieder eingebracht wird, das ist eine ganz unzuverlässige Sache, für deren Beurteilung nicht eine annähernd sichere Grundlage gegeben wird, ebenso wenig wie Herr Stadtbaurat Tormin im voraus angeben kann, wie großen Ausfall er haben wird. Man kann unmöglich sagen, daß der Ausfall in einer gewissen Frist wieder wett gemacht wird und daß der Ausfall überhaupt wieder eingebracht werden könnte, ist nach den Erfahrungen früherer Jahre wohl ganz ausgeschlossen. Wir würden deshalb an eine wesentliche Erhöhung der Steuern denken müssen, und das um so mehr, als wir in dem letzten Jahre eine Reihe von Ankäufen tätigten, wodurch unser Schuldentitel eine wesentliche Erhöhung erfahren hat. Der Herr Stadtkämmerer hat mir mitgeteilt, daß der Schuldentitel durch die letzten Ankäufe wesentlich in die Höhe gegangen ist, so daß eine Mehrbelastung von 10—15 Prozent eintreten muß. Dazu ist eine Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ergangen, der auf die nachgesuchte Genehmigung für die Bewilligung der Anleihen, die für die Schulbauten — Ägidii- und Ludgeri-Schule und die zu erbauende Schule an der Gallitzin-Straße — erforderlich sind, eine Tilgung von mindestens 4¼ Prozent und eine Verzinsung von 4¼ Prozent fordert. Das machen rund 70 000 Mark aus. Dazu kommt noch eine ganz Reihe steigender Ausgaben, die den Etat der kommenden Jahre ganz erheblich belasten werden.

Wenn wir unter diesen Umständen nicht eine starke Rückendeckung in den städtischen Betrieben haben, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als mit dem Steuersatze in die Höhe zu gehen. Ob das ein Zustand ist, der die allgemeine Billigung findet, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen. Es wird dann entweder die Einkommensteuer, oder aber es werden die Realsteuern, also die Gewerbe- und Grundsteuer, wahrscheinlich aber werden sie alle drei erhöht werden. Die Regierung drängt so wie so schon darauf hin, daß die Realsteuern erhöht werden. Wenn Sie nun aber sagen, daß die Einkommensteuer erhöht werden soll, so muß ich Sie daran erinnern, daß das ein zweischneidiges Schwert ist. Wir haben immer auf dem Standpunkte gestanden, daß es für die Eigenart Münsters zweckmäßig ist, da wir doch auf eine wesentliche Erhöhung der Realsteuer aus der Industrie in den nächsten Jahren nicht rechnen können, zweckmäßig ist, möglichst viel Zuzug von steuerkräftigen Bewohnern von außerhalb zu bekommen. Um das Wachstum, das unsere Stadt in den letzten Jahren genommen hat, ist gewiß nicht zuletzt auf die günstigen Steuerverhältnisse zurückzuführen, die Münster genoß, als es noch 100 Prozent Einkommensteuer erhob.

Das sind die Gesichtspunkte, die ich für notwendig hielt, Ihnen anheim zu geben, bevor Sie in die Beratung eintreten. Ob die Vorschläge des Magistrats besserungsfähig sind, lasse ich dahingestellt. Ich sehe auch nicht ein, weshalb es nicht möglich sein wird, den Bedenken der Hafeninteressenten Rechnung zu tragen und daß man ihnen mit Rücksicht auf die besonders schwierigen Verhältnisse, die Herr Dr. Wurst des näheren dargelegt hat, eine Sonderstellung einräumen soll. Wie dem aber auch sei: ich hoffe, daß die Stadtverordnetenversammlung an die Vorlage herantreten wird, zwar nicht engherzig, aber auch nicht allzu weitherzig, eingedenk des großen Interesses, daß wir alle haben an dem Wohlergehen der Allgemeinheit.

Hierauf wird, dem Antrage der Rechnungskommission entsprechend, beschlossen, die Vorlage in erster und zweiter Lesung zu beraten. Da Schluß-Rufe laut werden, wird die Weiterberatung ausgesetzt und die Sitzung um 8 Uhr 10 Min. geschlossen.

Aus den Provinzen.

= **Mettingen**, 30. April. (Durch Kohlengas vergiftet) wurde in der vergangenen Nacht der Bäckermeister Tenambergen. Die Frau des Verunglückten liegt noch an der Vergiftung bedenklich krank darnieder. Das Unglück wurde gestern morgen von dem Dienstmädchen entdeckt, das die Tür zu dem Schlafzimmer der Eheleute öffnete, als diese auf wiederholtes Pochen nicht antworteten. Der Mann lag noch halb im Bett, die Frau lag vor dem Bett; es scheint, daß sie in der Nacht von dem Kohlendunst erwachten, aber nicht mehr die Kraft besessen haben, die Tür oder das Fenster zu erreichen. Das Unglück ist durch den im Schlafzimmer stehenden Ofen verursacht.

+ **Millingen**, 1. Mai. (Einen tragischen Tod) fand ein 14jähriger Knabe, der sich beim Kuhhüten den Haltestrick des Tieres um Schulter und Hals gelegt hatte. Plötzlich wurde die Kuh scheu und schleppte den Knaben mit sich fort. Die erhaltenen Verletzungen hatten seinen baldigen Tod zur Folge.

* **Cöln**, 1. Mai. (Drahtb.) In der St. Albanskirche wurde heute morgen eine Frau von einem feingekleideten Manne überfallen. Er versuchte, ihr das Handtäschchen zu entreißen. In diesem befanden sich über 4000 Mark, die die Frau soeben von der Sparkasse abgehoben hatte. Als die Frau um Hilfe rief, warf ihr der Täter eine Hand voll Pfeffer in die Augen. Im Augenblick der höchsten Not erschien auf die verzweifelten Rufe der Frau der Küster, worauf der Räuber unverrichteter Dinge entfloh.

Vermischtes.

* **Rastatt**, 1. Mai. (Drahtb.) Gestern abend fand zwischen dem Oberleutnant Sprenger des 2. Bad. Feldartillerie-Reg. Nr. 30 und dem Oberarzt Bruning ein Duell statt. Sprenger starb heute. Die Ursache des Duells ist unbekannt.

* **Dresden**, 1. Mai. (Drahtb.) Heute vormittag wurde in Gegenwart des Königs, des Prinzen Johann Georg, der Prinzessin Mathilde und der Spitzen der Behörden die große Kunstausstellung 1912 im ständigen Ausstellungspalaste feierlich eröffnet.

* **München**, 30. April. Schriftsteller A. I. Nordtmann, der langjährige Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten", der dem Redaktionsverbande bis vor kurzem angehörte, ist in Darmstadt, wo er Erholung suchte, an den Folgen einer Blinddarmentzündung im Alter von 72 Jahren plötzlich gestorben.

* **Petersburg**, 1 Mai. (Drahtb.) Auf den Putilow-Werken streiken gegen 10 000 Arbeiter. In den Obuckow-Werken sowie in den Fabriken hinter dem Newski-Schlagbaum sind die Arbeiter nur teilweise ausständig. Dagegen streiken im Wassili Ostrow-Stadtteil alle, die gestern noch arbeiteten. In allen Pulverfabriken hinter dem Moskauer Schlagbaum sowie in vielen Druckereien im Innern der Stadt ruht die Arbeit vollständig.

* **Paris**, 1. Mai. (Drahtb.) Der Schnellzug, der heute morgen 9 Uhr 50 Minuten den Nordbahnhof in der Richtung nach Calais verlassen hatte und von 50 Reisenden, meist englischen Touristen, besetzt war, entgleiste unweit der Station St. Denis infolge Weichenbruchs. Drei Personen wurden verletzt.

Luftschiffahrt.

Johannisthal, 1. Mai. (Drahtb.) Heute abend stürzte der Flieger Höfli mit seinem Eindecker eigener Konstruktion aus beträchtlicher Höhe ab und wurde schwer verletzt ins Britzer Kreis-Krankenhaus gebracht.

♂ Über die Fahrt der Ballone „Münster" und „Osnabrück"

bei der Gordon-Bennett-Ausscheidungsfahrt von Leipzig aus am Sonntag den 28. April erhalten wir von den Führern Eimermacher und Hopfe folgende kurze Fahrtberichte.

Herr Eimermacher schreibt über die Fahrt mit dem Ballon „Münster":

Infolge der frühzeitigen Füllung der Ballone — dieselben waren gegen Mittag bereits sämtlich gefüllt — mußten wir leider alle mit einem schon weit ausgenutzten Gas starten. „Münster" startete an vierter Stelle um 5 Uhr 20 Minuten glatt, begleitet mit den Klängen der Musik und einem tausendstimmigen Hurraruf der Zuschauer. Infolge eines teils heiteren, teils bewölkten Himmels verbrauchten wir in den ersten Stunden, auf- und abwärtsgehend, eine Menge Ballast, so daß schon in den ersten Stunden die Hoffnung auf eine zweinächtige Fahrt aufgegeben werden mußte. Noch von dem herrlichen Anblick Leipzigs zehrend, überflogen wir in südlicher Richtung mit einer Stundengeschwindigkeit je nach Höhe von 14 bis 20 Kilometer die Plätze Gautzsch und Rositz, schwenkten jedoch bald darauf bei zunehmender Geschwindigkeit nach S.-W. ab und überflogen die Plätze Nöbdenitz bei Gera, Heukenwalde, Seelingstädt und Rottschau bei Greiz.

An Stelle der Sonne, die im vollen Glanze untergegangen war trat nun der Mond, der uns auch bis Sonnenaufgang treu zur Seite blieb.

Entgegen den Berichten der Wetterwarte, es sei nur mit mäßigsten Winden, durchschnittlich aus N.-W. bis W. blasend, zu rechnen, trieben wir schon um 10 Uhr 30 Minuten mit einer Geschwindigkeit von 35 Kilometer westlich Hof vorbei, nachdem wir 18 Minuten vorher Plauen ebenfalls östlich hatten liegen lassen. Um Mitternacht hatte die Geschwindigkeit derart zugenommen, daß wir mit einer Schnelligkeit von zirka 60 Kilometer über die Bäume des Jura hinwegfegten, begleitet von dem Heulen des Sturmes, der sich in den Telegraphendrähten und dem Hochwald fing. In gleichem Tempo passierten wir Bamberg und bald darauf die südwestlich von Bamberg liegende Seenplatte. — Interessant war der Schnelligkeitskampf mit einem unserer konkurrierenden Ballone, der bald uns, bald wir ihn wieder wesentlich überholten. Bei diesem Manövrieren bemerkte ich, daß ungefähr 200 Meter über der Erde die stärkste Luftbewegung war. Durch Ballastgeben und Ventilziehen hielten wir uns nunmehr mit aller Gewalt in dieser Schicht und erreichten hierdurch, daß unser Konkurrent zurückblieb und auch bald unseren Augen entschwand. Um 3 Uhr 13 Minuten überflogen wir bei abnehmender Geschwindigkeit Rothenburg a. T., und als die Sonne aufging, hatte sich der Wind derart gelegt, daß wir zuerst Kannstatt 4 Uhr 44 Minuten in Höhe von 400 Metern mit 45 Kilometer und 5 Uhr 15 Minuten Neuhausen bei Eßlingen nur noch mit 24 Kilometer Geschwindigkeit überflogen. Leider mußten wir bemerken, daß bei ständiger Abnahme des Windes dieser auch immer mehr südliche Richtung annahm und in größeren Höhen sogar bereits nach S.-O. blies.

Durch Ventilziehen behielten wir wohl zuerst noch südliche, später S.-S.-O.-Richtung bei, konnten uns aber auf die Dauer bei der unbeständigen Wetterlage und dem geringen Ballast nicht mehr länger unter den Wolken aufhalten, wenn wir das Spiel nicht verlieren wollten.

Es waren inzwischen bei zirka 20 Kilometer-Wind die Städte Tenglingen, Tübingen, die Burg Hohenzollern, Bitz und Sigmaringen mit Donau, einen großen Bogen nach S.-O. beschreibend, überquert worden. Über den Wolken stellte sich leider heraus, daß sich der Wind mit nur 8 Kilometer in der Stunde noch weiter nach Westen drehte. Als die Wolken zerrissen, sahen wir eben unter uns den Ulmensee und als 12 Uhr 30 Min. abermals der Wolkenschleier zerriß, mußten wir zu unserem Schrecken konstatieren, daß wir uns direkt nach Osten bewegten, also uns wieder Leipzig näherten. Wir unternahmen aus 3800 Meter sofort den Abstieg und landeten 1 Uhr 20 Minuten mitten in Bavendorf, 10 Kilometer nordöstlich Friedrichshafen.

Herr Oberleutnant Hopfe, der Führer des Ballons „Osnabrück" schreibt:

Die 6 an der Gordon-Bennett-Ausscheidungs-Fahrt von Leipzig aus teilnehmenden Ballone starteten in der Reihenfolge „Stuttgart II", „Bromberg", „Nordhausen", „Münster", „Otto Lilienthal", „Osnabrück". Außer Konkurrenz folgte dann noch der bedeutend größere Ballon Zeppelin mit vier Insassen, während in den anderen Ballonen außer dem Führer nur noch ein Mitfahrer, meist auch ein älterer Führer schon, teilnehmen durfte. Als ich mit Herrn Leutnant Klingemann 5 Uhr 39 Minuten mit „Osnabrück" aufstieg, hatte sich der tagsüber bedeckte Himmel fast ganz aufgeklärt und das schöne Stadtbild von Leipzig lag klar und scharf beleuchtet von der tiefstehenden Sonne unter uns. Es hatte einen eingenartigen Reiz, so tief über eine derartig große Stadt hinwegzufahren und aus einer Höhe von rund 100 Meter auf die vielen Straßen und Plätze, Gartenrestaurants und Balkone hinabzuschauen, wo unzählige Menschenmengen standen und den in Abstand von 5 Minuten Abfahrenden zuwinkten. Wir flogen zunächst genau nach Süden hinter den anderen Ballonen her und richteten uns für die lange Fahrt ein, indem wir uns alle Karten in der voraussichtlichen Richtung bereitlegten. Diese Richtung war nach den Mitteilungen des Leiters der Wetterwarte, nach den Wetterkarten und den Erfahrungen der Wetterkundigen und uns selbst Böhmen und später links drehend Ungarn und die Balkanstaaten, und da wir genügend Ballast zu haben glaubten, um zwei Nächte und zwei Tage unterwegs sein zu können, so waren wir mit unseren Gedanken nicht ganz mit Unrecht schon im italienisch-türkischen Kriege und den Dardanellen. Es sollte anders kommen. Schon bald nach 9 Uhr nämlich, als es schon ganz dunkel geworden war, und wir in etwa 300 Meter Höhe über Greiz hinzogen, machte sich eine Rechtsdrehung bemerkbar und als wir später um 10 Uhr genau über Plauen und dann östlich Hof hinzogen, war unsere Richtung bereits vollkommen Südwest geworden, und es war uns klar, daß wir nicht nach Österreich oder gar Rußland, wie einige prophezeit hatten, sondern auf die Schweiz und Frankreich zugetrieben wurden, eine in vieler Hinsicht unerwünschte Richtung.

Bis jetzt war die Fahrt vollkommen normal und ruhig verlaufen. Wir hatten eine Geschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde, hatten eine angemessene Menge Sand verbraucht und hatten aus im herrlichsten Mondschein mit Dorf- und Stadtbewohnern ja einmal sogar längere Zeit mit dem dicht neben uns fliegenden „Nordhausen" unterhalten können. Da kam das Fichtelgebirge, an dessen hohem Schneeberg wir dicht vorbeifuhren. Und jetzt wuchs mit einem Male der Wind ganz gewaltig an, da der an den steilen Hängen aufsteigende Luftstrom sich mit den oberen Luftschichten zusammenpreßte und so, gleich einem Bach, an einer Enge schnell dahinschoß. Es war packend schön, als wir dicht über die wildbewegten Baumkronen hinjagten, es wurde aber ungemütlich, als wir dicht hinter dem Kamm von einem Wirbel gefaßt wurden, der uns so stark hinabzog, daß der Korb schwankte und wir nur durch große Ballastausgabe ein Aufschlagen auf den Wald vermeiden konnten. Natürlich ging nun der Ballon stark in die Höhe, wo wir fast völlige Windstille antrafen. Erst nach längerer Zeit gelang es uns wieder, in eine tiefere und lebhaftere Luftschicht hinunterzukommen, nachdem wir mit Ärger gesehen hatten, wie ein anderer Ballon in großer Eile unter uns dahingesaust war. Wir waren also in dreifacher Hinsicht geschädigt worden: wir waren überholt und hatten Ballast und Fahrtstrecke verloren.

Gegen 2 Uhr strichen wir über Erlangen hin und erreichten um 3 Uhr Ansbach und als bald nach 5 Uhr die Sonne endlich aufging und uns freundlich erwärmte, entwarfen wir unseren Feldzugsplan für den kommenden Tag. Eine zweite Nacht war im Hinblick auf den zusammengeschmolzenen Ballast und die französische Grenze ausgeschlossen. So wollten wir dann versuchen, rechts am Bodensee vorbei in die Schweiz nach Zürich-Bern-Lausanne zu fahren. Aber auch das sollte uns nicht glücken, denn der Wind hatte jetzt erheblich nachgelassen und als wir gegen 1½ Uhr etwa zwei Stunden über den Wolken gewesen waren und dort feststellten, daß wir sogar wieder zurückgetrieben wurden, zogen wir schleunigst Ventil und gingen unter die Wolken. Hierdurch verloren wir nun aber fast den ganzen Rest unseres Ballastes und konnten nur noch kurze Zeit in etwa 800 Meter Höhe fahren, wo wir aber auch nur schwach nach Süden trieben. Jetzt mußten wir zur Landung schreiten. Noch eine letzte Anstrengung machten wir, indem wir den ganzen Proviant für den zweiten Tag über Bord warfen, dann setzte der Korb auf und die schöne fast 21 stündige Fahrt war beendet.

Fast in gleicher Höhe mit Ballon „Münster" waren wir gelandet. Danach ist „Stuttgart II" erster, „Münster" zweiter und „Osnabrück" dritter und diese drei Ballone kommen sodann in die Stichfahrt zu Pfingsten in Breslau.

Letzte Nachrichten.

Odessa, 1. Mai. (Drahtb.) Eine Versammlung von Vertretern des Börsenkomitees und von Getreide-Exporteuren und Importeuren beschloß im Hinblick auf die durch die Schließung der Dardanellen geschaffene Lage, unverzüglich den Ministerpräsidenten, den Minister des Äußern, den Minister des Innern und den Handelsminister zu benachrichtigen, daß die andauernde Schließung der Dardanellen Handel und Industrie in eine schwierige Lage versetzten und daß die schlimmsten Folgen drohten. In einem großen Gebiete herrsche unter den Hafen- und anderen Arbeitern und bei den Schiffskommandos Arbeitslosigkeit. Viele Fabriken und Dampfergesellschaften ständen vor der Gefahr, ihre Tätigkeit einzustellen. Die Getreideexporteure beschlossen, wegen Frachtmangel die auf den April abgeschlossenen Kontrakte für ungültig zu erklären.

Konstantinopel, 1. Mai. (Drahtb.) „Tanin" verzeichnet das Gerücht, daß die Dardanellen nur einmal für ein oder zwei Tage geöffnet werden, um die Durchfahrt der im Hafen angesammelten Schiffe zu ermöglichen. Dann werde man die Dardanellen wieder schließen.

Konstantinopel, 1. Mai. (Drahtb.) Die Regierung wird die Dardanellen nur für zwei bis drei Tage öffnen, damit die angesammelten Handelsschiffe durchfahren können, und dann die Wasserstraße wieder absperren. Denn da die Kabel zwischen den Inseln im Aegäischen Meere und den Dardanellen von den Italienern durchschnitten worden sind, können die Kommandanten der Dardanellenbefestigungen von den Bewegungen der italienischen Flotte nicht rechtzeitig benachrichtigt werden, so daß die Absperrung gegen einen etwaigen Flottenangriff unvermeidlich erscheint.

Konstantinopel, 1. Mai. (Drahtb.) Die Regierung beschloß, die Eisenbahn Mekka-Medina unverzüglich zu bauen.

Sport.

△ **Rennen zu Mülheim-Duisburg**, 1. Mai. (Drahtb.)

1. **Willkommen-Flachrennen.** 2000 Mark. 1200 Meter. 1. Post's „Cristal Star", 2. Control, 3. Lamhult. Tot. 83 : 10. Pl. 16, 23, 20 : 10. „Dandolo" kam als erster ein, mußte aber wegen Auslassens einer Wendeflagge disqualifiziert werden.

2. **Maiden-Flachrennen.** 2000 Mark. 1200 Meter. Whites „Siebenschläfer", 2. Traviala, 3. Felix esto. Tot. 140 : 10. Pl. 30, 13, 15 : 10.

3. **Frühjahrs-Jagdrennen.** Ehrenpreis und 3000 Mark. 4000 Meter. 1. Brummes „Alvo", 2. Gazelle. Pl. 14 : 10.

4. **Saarner-Jagd-Rennen.** Ehrenpreis und 2000 Mark. 3000 Meter. 1. Teekamps „Perci Tailor", 2. Dalmigavie, 3. Plutarch. Tot. 43 : 10. Pl. 25, 50 : 10.

5. **Wolfsburg Hürden-Rennen.** 2000 Mark. 2600 Meter. 1. Roos „Nissa", 2. Mattiacum, 3. Fatia Negra. Tot. 15 : 10.

6. **Steinbruch-Jagd-Rennen.** Ehrenpreis und 2000 Mk. 3500 Meter. 1. Blatts „Bayard 4", 2. Châteauvert, 3. Discharged. Tot. 18 : 10. Pl. 15, 31 : 10.

Handel und Industrie.

♂ **Rheine**, 1. Mai. Auf dem Viehmarkte wurden feilgeboten: 82 Stück Rindvieh, 1550 Schweine und Ferkel. Der Markt war gut besucht. Auf dem Rindvieh- wie auf dem Schweinemarkte war der Handel nur mittelmäßig. Milchgebende Kühe kosteten 1. Sorte 280—350 Mark, 2. Sorte 200 bis 260 Mark, tragende Rinder 1. Sorte 200 bis 240 Mark, 2. Sorte 160 bis 190 Mark, tragende Schweine 75 bis 120 Mark, ½jährige Faselschweine 30 bis 34 Mark, 5—8 Wochen alte Ferkel kosteten 2—2,25 Mark, die Alterswoche. — Der nächste Kram- und Viehmarkt ist am 17. dieses Monats.

Telegraphischer Kursbericht der Berliner Börse

Kassabörse.

	30/4	1/5.		30/4.	1/5.
Wechsel Amst. k.	169 45	000 00	Span. äuss. Sch.	00,00	00,00
„ Belg. Pl. k.	80 60	80 60	Ung. Goldrente	91,00	91,00
Check London	204,75	204 70	Schatzscheine	100,20	100,20
„ Paris	81 15	81 18	Sächs. Rente	80,90	80,80
Wechs. Wien	84,78	84 75	Rh.-W Rentenbr.	99,75	99,75
„ Ital. Pl. k.	81 05	81 10	„	89,40	89,30
Russ. Noten	216 00	216 05	Rhein. XX-XXI	99,80	99,80
Privatdiskont	3¾	3¾	do. XXII-XXIII	95,25	95,25
4% D. Reichsanl.	101,50	101,50	III-VII, X.		
3½% „	90,60	90,60	XII-XVII, XXIV.		
3% „	81 60	81 60	XXVII, XXIX		
4% Pr. Konsols	101,60	101,60	XXVIII 16	88,60	88,60
3½% „	90,60	90 60	XVIII	86,50	86,50
3% „	81,50	81,50	IX, XI, XIV	83,00	83,00
Bayer. Handelsb.			W. Prov.-Anl. III		
Pfdb. unk. 1912	100,10	100 10	unk. b. 1909	99,50	99,50
Berl. H. P. abg.	95,80	95,80	do. IV „ u. V 1915	100,10	100,10
do.	88,10	88,10	do. IV 09	95,90	95,90
Rh.-Westf. B.-Pf.			do. II, III, IV		
X. unk. 10	97,75	97.75	IV, VIII, X (15)	88,50	88,60
Westd. B.-Cr.-Pf. 6	98,00	98,00	do. II	82,00	[illegible]
do. 3, 4	89,00	89,00	Dortm. St.-Anl.	00,00	00,00
Pr. Centr. Bd. 1890	97,80	97,80	Münster. Stadt-		
do. 1899 01. 03			Anleihe	00,00	00,00
unk. 12	99,00	97,70	Westf. Pfdbr. 3½%	90,00	[illegible]
„ 1886, 89, 94, 96	88,40	88,10	4%	99,10	99,00
„ 1901 unk. 13	88,40	88,40	Köln-Mind. Pf.-Al.	136,75	136,50
Pr. Pfdbr. Br. 25			Ostafr. Zolloblig.	93,25	93,50
unk. 14	97,60	97,75	Barmer Bankv.	120,50	120,00
do. 27 unk. 1[illegible]	97,75	97,75	B.-M. Bk. Elbf.	150,00	150,75
do. 28 unk. 1917	98,00	98,00	Berl. Handelsges.	167,90	168,00
do. 29 unk. 1919	98,30	98,50	Komm. & Diskb.	113,25	113,25
do. 30, 31 unk. 20	98,90	98,40	Deutsche Bank	255,90	255,50
do. 26 unk. 14	91,90	91,90	Diskonto-Komm.	184,75	185,00
do. 24 unk. 1912	88,60	88,60	Dresdener Bank	153,25	[illegible]
Pr. Con. Ser. 6, 7			Essener Bankv.	116,25	117,00
unk. 18	99,90	99,90	Ess. Kreditanst.	161,40	161,40
do. 8 unk. 10	99,75	99,90	Märk. Bank	101,50	101,50
do. 9 unk. 27	100,10	100,25	Mittelrh. Bank	109,00	109,00
Argt. Gd. A. inn.	000,00	000,00	Osnabr. Bank	128 10	128,00
Italien. Rente	00,00	00,00	Rheinische Bank	108,25	108,25
Rumänien 1889	93,25	93,00	Rh. Diskont.-Ges.	125,20	125,00
Rumänien 1893	92,00	91,50	Schaaffh. Bv. alte	128,00	128,50

Nachbörse.

Österr. Kredit	201,00	200,75	Annatolier 60%	000,00	000,00
Berl. Handelsges.	168,15	166,25	Baltimore & Ohio	109,80	111,15
Commerz-Disk.-B.	113,25	113,30	Kanada Pacific	252,30	253 15
Darmst. Bank	122,25	122,15	Orientbahn	000,00	154,85
Deutsche Bank	[illegible]	256,25	Gotthardtbahn	000,00	000,00
Disk. Kommandit	185,00	185,15	Ital. Meridionalb.	114,75	[illegible]
Dresdener Bank	153,50	153,75	do. Mittelmeerb.	00,00	00,00
Nationalbank	122,75	122,75	Pennsylvania	000,00	000,00
Schaaffh. Bankv.	128,75	128,50	Luxemb. Pr. Heinr.	161,50	169,75
Russische Bank	154,15	153,50	Warschau Wiener	000,00	00,00
Wiener Bankv.	000,00	000,00	3% D. Reichsanl.	81,30	81,60
Lübeck Büchner	000,00	000,00	4½% Japaner 1905	00,00	00,00
Österr. Staatsbahn	000,00	000,00	4% Russ. Anl. 1902	90,15	90,00
do. Südbahn	16,75	16,65	Türkische Lose	170,25	170,50

Bochum. Gussstahl	230,00	236,15	Harpener	197,00	197,75
Deutsch-Luxbg. V.	181,50	187,15	Grosse Berl. Str.-B.	185 75	186,30
Dortmd. Union C.	000,00	000,00	Hambg. Packetf.	144,85	147,25
Laurahütte	178,75	182,65	HansaDampfschiff	244,50	257,50
Rheinisch. Stahl	171,50	175,65	Nordd. Lloyd	115,75	117,85
Consolidation	000,00	000,00	Trust Dynamit	183,15	187,00
Gelsenkirchen	[illegible]	194,75	Allg. Elektr.-Ges.	263,25	[illegible]

Tendenz. Zwei Momente waren es, um welche sich heute hauptsächlich der Börsenverkehr drehte, nämlich die Verlängerung des Stahlwerksverbandes und die Aufwärtsbewegung der Baltimore-Aktien. Hüttenwerte setzten zum Teil mit einer 2 Prozent übersteigenden Besserung ein. Bevorzugtes Interesse zeigte sich für Phönix und Deutsch-Luxemburger, weil diese Werke die hauptsächlichsten Fabrikanten von A-Produkten sind. Aber auch Bochumer gewannen 2,50 Prozent. Auf dem Montanmarkte erhielt sich auch im späteren Verlaufe die Kauflust, und diese führte zu einer Besserung der führenden Werte. Baltimore-Aktien waren lebhaft begehrt auf die gestrige Steigerung in Newyork, die mit dem bedeutenden Besitz der Bahn an in letzter Zeit sehr beträchtlich gestiegenen Reading-Aktien erklärt wurde. Auch die guten Einnahmen der Bahn führten dem Papier neue Käufer zu. Festigkeit bekundigte im übrigen noch der Schiffahrts-Aktienmarkt, wo Hansa-Aktien ihre Aufwärtsbewegung fortsetzten und Nordd. Lloyd-Aktien einen Teil des 1prozentigen Kursabschlages wieder einholen konnten. Kanada-Aktien hoben sich im späteren Verlaufe, weil wieder einmal Gerüchte von einer bevorstehenden Dividendenerhöhung in Umlauf kamen. Im übrigen gab sich Zurückhaltung kund, die man auf Erörterungen bezüglich der weiteren Entwickelung des Krieges zwischen der Türkei und Italien zurückführte. Wenn auch zeitweilig infolge von Realisierungen die Kurse kleine Abschwächungen gegen gestern aufwiesen, so war doch eine feste Grundtendenz unverkennbar, zumal diese auch eine Stütze erhielt durch die Aussicht auf eine Diskontermäßigung der Bank von England. Tägliches Geld 5 Prozent. Die Sätze der Seehandlung blieben unverändert.

In der 3. Börsenstunde entwickelte sich ein sehr angeregtes Geschäft in Hansa-Aktien, die weiter beträchtlich stiegen. Die übrigen Schiffahrtswerte waren im Einklang damit ebenfalls lebhaft gehandelt. Auch Hüttenaktien waren weiter sehr fest unter Bevorzugung von Phönix. Andere Werte waren vernachlässigt. Schantungbahnen waren auf den unbefriedigenden Jahresabschluß abgeschwächt. Russische Bankaktien gaben auf Petersburg nach. Industriewerte des Kassamarktes ungleichmäßig; einzelne bedeutende Abschwächungen standen ebensolchen Besserungen gegenüber. Eisenwerte vorwiegend fest.

Produktenbörse.

Berlin, 1. Mai.
Weizen: Mai 233,25, Juli 231 75, Sept. 210,50.
Roggen: Mai 200 00, Juli 201,50, Sept. 182,00.
Hafer: Mai 202,25, Juli 202,75, Sept. 179,75.
Mais: amerik. mixed Mai 000,00, Juli 000,00.
Rüböl: Mai 66,40, Okt. 68,90.
Weizenmehl 28,75 bis 29,50.
Roggenmehl 23,00 bis 25,50.

Tendenz. Ermäßigte Auslandsofferten, schwaches Amerika und Realisierungen wirkten heute am Weizenmarkte abschwächend. Dagegen bekundete Roggen eine feste Haltung im Zusammenhang mit knappem Angebot infolge des Bedarfs der Mühlen und der Erwartung, daß die angediente Ware Aufnahme finden werde. Hafer verkehrte zu gut behaupteten Preisen. Im übrigen lagen die Artikel still. Das Wetter ist schön.

Hauptredakteur: Rudolf Strietholt. Verantwortlich für Politik: Dr. R. Dückers; für das Feuilleton: Dr. Fr. Castelle; für den übrigen Teil: Paul Koene; für die Reklamen und Inserate: Anton Buch, sämtlich in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung in Münster.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke
Kindermehl Kufeke Krankenkost
Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Wasch- u. Kleiderstoffe

zu extra billigen Preisen.

Grosse Quantitäten Waschstoffe und Kleiderstoffe, nur Neuheiten für Frühjahr und Sommer, kauften wir **weit unter Preis.** Durch die günstige Kaufgelegenheit ist es uns ermöglicht, unserer werten Kundschaft ein ungewöhnlich günstiges **Reklame-Angebot** machen zu können.

Beachten Sie unser Schaufenster.

Der Verkauf beginnt Donnerstag, den 2. Mai.

Beachten Sie unser Schaufenster.

Besonders preiswert!

Handschuhe.

Damen-Handschuhe	weiss, mit und ohne Finger . . . Paar	19 ₰
Damen-Handschuhe	weiss, lang, durchbrochen . . . . Paar	22 ₰
Damen-Handschuhe	schwarz und weiss, lang, durchbrochen . Paar	48 ₰
Damen-Handschuhe	Tricot, farbig . . . . . Paar	26 ₰
Damen-Handschuhe	lang, weiss-schwarz, eleg. Muster . . Paar	78 ₰

Strümpfe:

Damen-Strümpfe	engl. lang, schwarz . . . . . Paar	28 ₰
Damen-Strümpfe	engl. lang, schwarz, lederfarb. u. geringelt Paar	38 ₰
Damen-Strümpfe	engl. lang, durchbrochen und glatt . . Paar	48 ₰
Damen-Strümpfe	extra fein, durchbrochen und glatt . . Paar	95 ₰
Damen-Strümpfe	Reine Wolle, Cachemir . . . . Paar	95 ₰

Wasch-Stoffe.

Mousseline	bedruckt, mit und ohne Bordüren . . . Meter	28 ₰
Mousseline	mit Bordüren und Streifen . . . . Meter	42 ₰
Zephir	hell und dunkel mit Streifen . . . . . Meter	38 ₰
Leinen	imitiert, in bleu, mode, rot weiss . . . . Meter	48 ₰
Leinen	für Kostüme und Jackenkleider . . Meter 125,	78 ₰
Foulardine	mit und ohne Bordüre . Meter 145,	125 ₰
Woll-Mousseline	. . . Meter	68 ₰

Kleider-Stoffe.

Kleiderstoffe	reine Wolle, hell gemustert, regul. Wert bis 195 Pfg. . . Mtr. 95,	75 ₰
Kleiderstoffe	reine Wolle, uni und gemustert, regul. Wert bis 295 Pfg. . Mtr. 165,	125 ₰
Blusenstoffe	reine Wolle, Streifen und Karos, regul. Wert bis 275 Pfg. Mtr. 145,	125 ₰
Schotten für Kinderkleider	regul. Wert bis 195 Pfg. Mtr. 95,	68 ₰
Cheviot	alle Farben, 100-110 cm breit, reine Wolle . . . . . Mtr. 125,	98 ₰

Ein grosser Posten **Reste 50% unter Preis**

Besonders preiswert!

Damen-Blusen.

Musseline-Blusen Kimono, halsfrei	1.75
Musseline-Blusen Kimono, mit Feston- oder Spitzenkragen . .	1.95
Weisse Batistblusen mit breiten Durchsätzen	1.45
Weisse Batistblusen mit eleganter Stickerei, halsfrei und geschlossen .	1.95
Woll-Mussel.-Blusen Tupfen und Streifen, eleg. Verarbeitung . .	3.95
Voile-Blusen mit eleganter Stickerei verarbeitet	4.25
Knaben-Waschbluse in allen Grössen u. verschied. Façons 145, 95, 68,	58 ₰
Knaben-Sweater in verschied. Grössen und Farben . 98, 68,	48 ₰

Gust. Steinberg & Co.

Rogenmarkt 10 — **Münster i. W.** — **Roggenmarkt 10.**

Dom-Bäckerei u. Konditorei
von
Fritz Dieninghoff, Münster
Spiekerhof Nr. 43 ◻ Fernsprecher 2178.
Gegründet 1582.



Spezialität:
Dom-Zwieback
aus Kaisermehl, Milch, Eier und ff. Naturbutter hergestellt.
Nur echt
in Conservierungsdüten mit Firma.
Wegen seiner leichten Verdaulichkeit, seines hohen Nährgehalts eignet sich derselbe besonders auch für Magenleidende, für Kranke, Rekonvaleszenten und für Kinder und wird von Ärzten sehr empfohlen.
Der Zwieback soll möglichst trocken oder mit Milch angefeuchtet gegessen werden.

Einfache und elegante Damen-Waschblusen Kimono- u. Hemdenform,
vorzüglich sitzend, in feinster Verarbeitung,
von **Mk. 7.50 an.**
Spezialhaus feiner Damen- und Herrenmoden
Münster (Westf.) ~ **Borkum** (Nordsee)
Prinzipalmarkt 5. Fernruf 686.
J. Henke früh. **M. Meinholt**

Betten
liefert in jeder Qualität und Preislage in tadelloser Ware zu anerkannt billigen Preisen
Werner Hüsing
Münster i. Westf.
Fernsprecher 674 * Roggenmarkt 4
Bettwarenhandlung.
Für jedes bei mir gekaufte Bett übernehme volle Garantie.
Alte Federn lasse auf Wunsch reinigen.

Ortskartell der christl. Gewerkschaften Münster.

Donnerstag, den 2. Mai abends 8½ Uhr, findet im Centralhof (Eing. Ludgeristr.) eine
öffentl. Versammlg.
statt.
Tagesordnung:
1. Buchdruckertarif und öffentliches Interesse. (Referent Herr Redakteur Joos-M.-Gladbach.)
2. Diskussion.

Alle Bürger und Arbeiter sind eingeladen.
Der Vorstand:
J. A.
B. Müller.

Statt besonderer Meldung:
Empfehle
Verlobten
komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Jos. Weber Nachf.
Münster
Ludgeriplatz 3

Speise-Quark
versendet täglich frisch
Molkerei Clarholz.

Achtung!
Geestemünder Fischhandlung.
Der **große, billige** Fischverkauf findet in dieser Woche **nur Freitag** morgen am **Hafen-Nord** statt.
Empfehle in feinster Ware:
Ia. Schellfisch, groß und mittel, gr. Zungen, Kabeljau und Seeaal, Brassen, Flußhecht, Seehecht, große Schollen, Karbonadenfisch.
Extra **billige** Preise.

Prämiierte Kanarienhähne, St. Seifert, und Zuchtweibchen billig abzugeben.
Martinistraße Nr. 6.

---

1 Kinder-Sitz- u. Liegewagen mit Gummireifen zu verkaufen.
Mecklenbeckerstr. 96, 1. Et.

Eintüriger Kleiderschrank und Nachtkonsole zu kaufen gesucht.
Off. u. E F 125 an die Gesch.

„Ornis"



Verein für Geflügelzucht und Tierschutz zu MÜNSTER i/W.

Freitag, den 3. Mai 1912, abends 9 Uhr, bei Köhler:
Monats-Versammlung.
Beschlußfassung über einen Familienausflug. Sonstiges. Verlosung von Gänsen usw.
Der Vorstand.